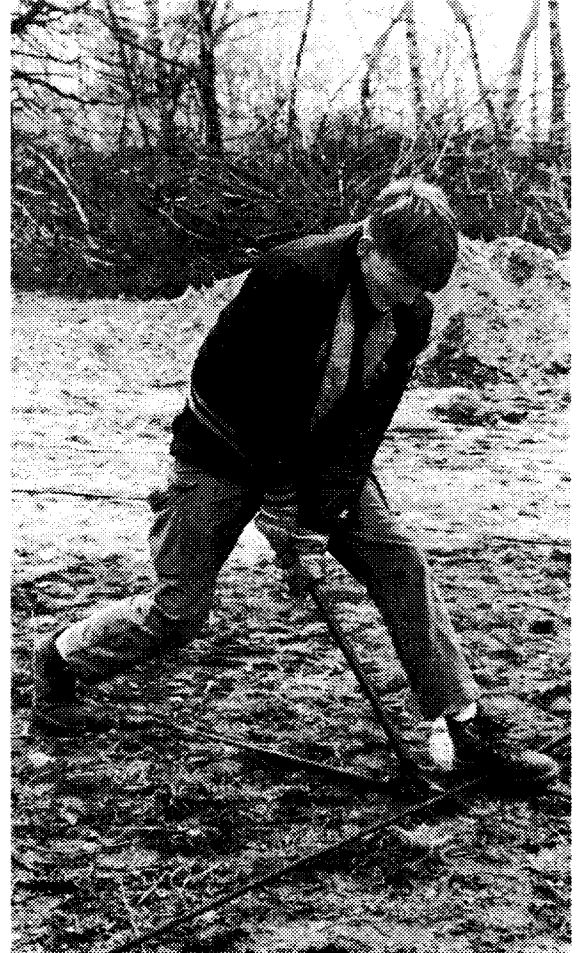
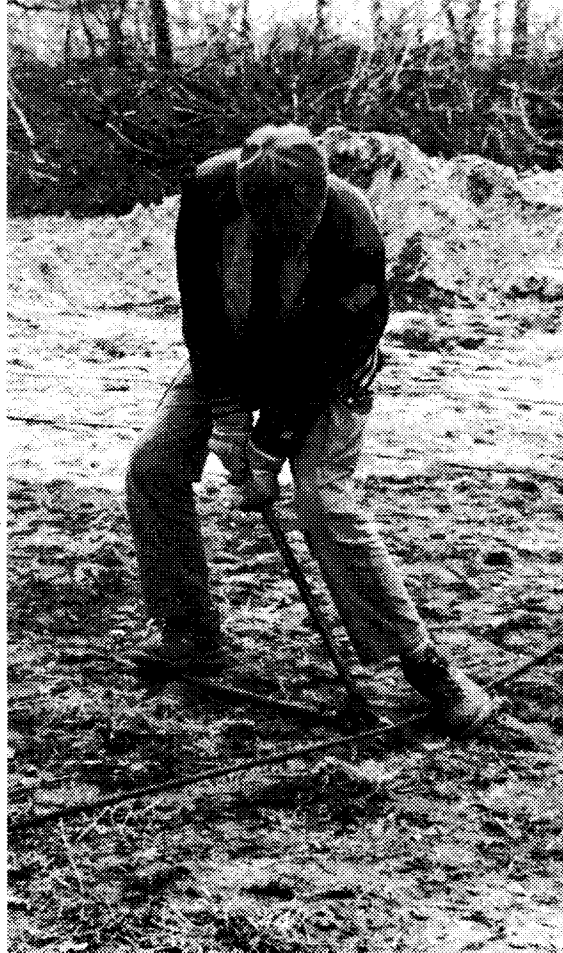


UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Mai 1999 Nummer 212
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen



Politik

Arbeit aufs Land

Arbeit auf dem Land gibt es genug, Arbeitslose auch, aber so einfach lassen sich die Dinge nicht zusammenbringen. Landwirtschaftliche Arbeit genießt in der Gesellschaft keinen besonderen Stellenwert, ließe sich da etwas ändern – am Image wie an der Realität – und damit das Problem in den Griff bekommen? Dazu der Kommentar auf **Seite 2** und der Schwerpunkt auf den **Seiten 11 – 13**.

Ökolandbau ist energiesparender

Eine bisher unveröffentlichte Studie bescheinigt der ökologischen Landwirtschaft einen weit geringeren Energieeinsatz als der konventionellen. Aber durch sinnvollen Gülleeinsatz und Verwendung hofeigener Futtermittel statt industriellen Kraftfutters könnte sie mit dem Ökolandbau gleichziehen. **Seite 10**

Markt

Zwei Quotenmodelle noch

Das Bundeslandwirtschaftsministerium prüft jetzt nur noch zwei Modelle zur zukünftigen Milchquotenregelung: ein Lieferrechts- und ein Börsenmodell. Minister Funke plädiert für das Lieferrecht und stellt sich damit gegen den Bauernverband. Wie auch immer, erstmal muß weiter für Quote bezahlt werden. **Seite 8**

Pflanzenzüchtung alternativ

Firmenkonzentrationen, einseitige Zuchtziele und kritisch zu beurteilende Züchtungsmethoden in der konventionellen Pflanzenzüchtung erregen Kritik. Eine alternative Züchtung mit neuen Leitlinien ist dem entgegenzusetzen auf der **Seite 15**.

Bewegung

Brot, Land und Freiheit!

Der 17.4. ist weltweiter Bauernprotesttag, seit an ihm Mitglieder der Landlosen-Bewegung in Brasilien von Polizisten erschossen wurden. Die Aktion dazu von Nicht-Regierungs-Organisationen, darunter die AbL, und ein Bericht über Brasilien und die Landlosen von einem Bauern aus Niedersachsen auf den **Seiten 18 – 19**.

Fortschritt im Stall

Artgerechte Tierhaltung taucht in vielen Werbeaussagen auf, in der Praxis ist sie allerdings noch weniger häufig zu finden. In einer neuen Serie wollen wir versuchen, mit tatkräftiger Unterstützung der Experten praxisnah ihre Möglichkeiten und Schwierigkeiten aufzuzeigen. Der Versuch einer Einführung auf **Seite 16** und ein Bericht vom Hühnerhof auf **Seite 17**.

Mit Hilfe von drei Schlagwörtern wurde in den vergangenen Jahren die Debatte um die geeignete wirtschaftspolitische Strategie für die BRD geführt: „Lean Production“ (schlanke Produktion), „Standort Deutschland“ und „Zukunft der Arbeit“. Während zu den ersten beiden Begriffen vor allem Strategien der Kostensenkung diskutiert wurden (u.a.: Verstärkung der zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung, Neuorganisation der innerbetrieblichen Hierarchien, Druck auf Löhne und Gehälter, Abbau öffentlicher Leistungen), kündigt sich beim Stichwort „Zukunft der Arbeit“ ein durchaus anderer Zusammenhang an.

Vor Jahren schon hat ihn der marxistische Soziologe Andre Gorz mit dem Satz ausgedrückt „Der Industriegesellschaft geht die Lohnarbeit aus“.

Die permanente Steigerung der Arbeitsproduktivität läßt sich nicht endlos absichern durch die Weckung neuer Bedürfnisse und der Eroberung neuer Märkte. Nachdem das jahrelang beschworene Mittel der Ankurbelung des Wirtschaftswachstums offensichtlich nicht in der Lage ist, das Problem der Arbeitslosigkeit

zu lösen, setzte eine durchaus grundsätzliche wissenschaftliche und politische Diskussion ein.

Wichtige Gutachten wurden geschrieben. Die Vorschläge reichen von allgemeiner Arbeitszeitverkürzung, flexiblen Ausbildungssystemen, kombinierten Lohnformen bis zur Neubewertung öffentlicher Arbeiten.

So unterschiedlich die Vorschläge auch sind, eines ist ihnen gemeinsam: Landwirtschaft – noch dazu bäuerliche Landwirtschaft – kommt bei ihnen nicht vor. Und wenn doch, dann nur als Folie, als Standort, als „Ressource“ z.B. für Lehrlingsausbildung, Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängern u.v.m. (so z.B. die hessische Domäne Mechthildshausen). Die Debatte um „Zukunft der Arbeit“ kann aber nur weiterhelfen, wenn sie an einige der bisherigen Selbstverständlichkeiten rüttelt, tatsächlich grundsätzlich ist. Vergibt man sich nicht wichtige Möglichkeiten, wenn bei Landwirtschaft und Handwerk weiter nur auf Konkurrenz, Produktivität und Rationalisierung gesetzt wird? Die zentrale Frage für die Agraropposition in diesem Zusammenhang ist, wie die wichtigen Möglichkeiten, die die Landwirtschaft bieten könnte, öffentlich deutlich gemacht werden können. Wie in Stein gemeißelt ist bei den meisten Mitbürgern und Politikern nach wie vor die Überzeugung, die Landwirtschaft sei eine veraltete Wirtschaftsweise ohne jede Perspektive. Praktische Beispiele sind deshalb wichtig, Beispiele, die ansetzen an der realen Situation der Landwirtschaft, Beispiele, die die Bauern und Bäuerinnen, die lohnabhängig Beschäftigten in der Landwirtschaft unterstützen und die die in Stein gemeißelten Meinungen lockern. Nur wenn das gelingt ist vorstellbar, daß schließlich auch die Agrarpolitik einen neuen Ansatz findet.

Der ehemalige FDP-Funktionär und jetzige SPD-Staatsminister Verheugen als angeblich neues Mitglied der EU-Kommission ist dafür leider kein Zeichen.

Onno Poppinga, AG Ländliche Entwicklung des Fachbereichs 13, der Gesamthochschule Kassel



KOMMENTAR

Qualität landwirtschaftlicher Arbeit

„Anpassungsfähigkeit der Betriebe wird nicht überfordert“

Karl-Heinz Funke beantwortete zur Agenda 2000 die Fragen der Bauernstimme im schriftlichen Interview

Bauernstimme: Jetzt ist es geschafft, die Agenda 2000 ist unter Dach und Fach. Sind Sie mit den Ergebnissen zufrieden? Das unter Ihrer Verhandlungsführung entstandene Agrar-Paket wurde ja von den Regierungs-Chefs doch noch umgeworfen.

Karl-Heinz Funke: Die EU-Agrarminister haben eine gute Basis für die Verhandlungen der Regierungschefs gelegt.

Das Agrarpaket ist auf dem EU-Gipfel nur in wenigen Punkten geändert worden. Von „umwerfen“ kann deshalb nicht gesprochen werden. Mit den Vereinbarungen sind wichtige Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der europäischen Landwirtschaft festgelegt worden. Die beschlossene schrittweise und durch Direktzahlungen flankierte Annäherung an das Weltmarktpreisniveau ist notwendig, um der Landwirtschaft neue Absatzchancen zu eröffnen und die Betriebe auf die sich abzeichnende weitere Liberalisierung des Welthandels vorzubereiten. Gleichzeitig erlaubt sie der EU, eine aktive Rolle in den Ende des Jahres beginnenden WTO-Verhandlungen einzunehmen. Die Reformbeschlüsse bieten zudem eine gute Basis für die Beitrittsverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten. Die zeitliche Staffelung der Reformmaßnahmen und die im Vergleich zu den ursprünglichen Kommissionsvorschlägen teilweise Abschwächung der Stützpreissenkungen gewährleisten, daß die Anpassungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe nicht überfordert wird. Ich ver-

schweige jedoch nicht, daß einzelne Elemente der Gipfelbeschlüsse – insbesondere die weitere Verschiebung der Milchmarktreform – aus meiner Sicht unbefriedigend sind.

Der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission sah noch eine Bindung der Direktzahlungen an Arbeit und Umwelt vor. Und noch Anfang März waren viele EU-Länder für die Einführung einer Ab-

staffelung der Prämien, die die Kostenvorteile rationalisierter Betriebe mit wenig Arbeitskräften berücksichtigt. Warum haben gerade Sie, Herr Funke, sich gegen eine solche Degression gewehrt?

Mit den Beschlüssen zur Agenda 2000 werden erstmals übergreifende Regelungen für alle Direktzahlungen eingeführt. So müssen die Mit-

gliedstaaten künftig gewährleisten, daß den Belangen des Umweltschutzes bei den landwirtschaftlichen Stützungsregelungen angemessen Rechnung getragen wird. Dies entspricht voll dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag, der weiterhin vorsah, daß die Mitgliedstaaten die Direktzahlungen um bis zu 20 Prozent kürzen können, wenn der Arbeitskräftebesatz des Betriebes bestimmte Grenzen unterschreitet. Die Agrarminister haben diese Regelung erweitert. Die Direktzahlungen können nunmehr auch in Abhängigkeit vom Standarddeckungsbeitrag des Betriebes und dem Prämienvolumen gekürzt werden. Der maximale Kürzungssatz je Betrieb bleibt allerdings unverändert bei 20 Prozent, auch wenn mehrere der genannten Kriterien angewendet wer-

■ ■
Eine reine Grünlandprämie war im Rahmen der Agenda 2000 nicht Verhandlungsgegenstand und wäre auch in keiner Weise mehrheitsfähig gewesen.
■ ■

Innovationslust statt Veränderungsfrust

Öffentliche Gesellschafterversammlung des ABL-Bauernblatt Verlages

Agrarpolitisch ist die Zeit heute sehr spannend. Endlich eine „neue“ Regierung, neue politische Kontakte – die Lust und der Wunsch, etwas zu ändern, treibt uns um.

Zugleich aber erleben wir große Widerspenstigkeit und Beharrlichkeit der alten Strukturen. Die Langsamkeit der Veränderungen frustriert. Fragen nach Sinn und Möglichkeiten von Politik machen sich schon breit; einige resignieren. Aber nicht nur die anderen haben sich zu ändern – auch und in besonderer Weise wir selbst!

Neue Zeiten brauchen Visionen, Leitbilder, Vorschläge. Wofür stehen wir? Wie schaffen wir Reformmehrheiten? Welche strategischen Aufgaben müssen wir anpacken?

Diskutiert mit uns über unsere Rolle in einer zukünftigen Agrarpolitik,

am Sonntag, 6. Juni 1999, 10.30 Uhr, in Kassel
(Gesellschafterversammlung ab 15.50 Uhr)

Aufsichtsrat und Geschäftsführung des ABL-Verlages

Anmeldung (wegen Mittagessen) erbeten: ☎ 05242-48185

den. In den Verhandlungen sind darüber hinaus verschiedene Modelle einer für alle Mitgliedstaaten obligatorischen betriebsbezogenen oder zeitlichen Degression der Direktzahlungen diskutiert worden. Letztlich hat sich gezeigt, daß keines dieser Modelle mehrheitsfähig war. Ich werte es als großen Erfolg, daß dadurch nicht nur der die neuen Bundesländer einseitig belastende ursprüngliche Kommissionsvorschlag vermieden, sondern vor allem auch ein Beschluß über einen zeitlichen Abbau der Direktzahlungen abgewendet werden konnte.

Die Degression hätte so gestaltet werden können, daß flächenstarke Betriebe, wie wir sie vermehrt in Ostdeutschland haben, nicht automatisch Abzüge bekommen hätten, sondern nur, wenn sie nur wenig Arbeitskräfte beschäftigen. So hatte es die Abl vorgeschlagen.

Für eine obligatorische Degression gab es bei den Verhandlungen keine Mehrheit. Dies gilt auch für den Vorschlag der Abl.

Herr Funke, Sie sind mal angetreten, eine Grünland-Prämie durchzusetzen, um damit die prämiensbezogene Benachteiligung besonders der Milcherzeuger auf klassischen Grünlandstandorten gegenüber den bevorzugten Ackerstandorten zu verringern. Jetzt gibt es wieder keine Grünland-Prämie, aber die Silomaisprämie bleibt. Wie erklären Sie das Ihren ostfriesischen Nachbarn?

Je nach Ausgestaltung könnte eine Grünlandprämie dazu beitragen, die prämiensbedingten Nachteile von Milcherzeugern auf Grünlandstandorten gegenüber solchen auf Ackerbaustandorten auszugleichen. Sie scheint darüber hinaus grundsätzlich geeignet, den Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes besser zu entsprechen und die Ausgleichszahlungen WTO-konformer auszugestalten. Die Bundesregierung hat sich deshalb in der Koalitionsvereinbarung für die Einführung einer Grünlandprämie ausgesprochen. Eine reine Grünlandprämie – etwa durch Umgestaltung aller Tierprämien in Flächenprämien – war im Rahmen der Agenda 2000 jedoch nicht Verhandlungsgegenstand und wäre auch in keiner Weise mehrheitsfähig gewesen. Wohl aber ermöglichen die Beschlüsse den Einstieg in eine Grünlandprämie.

Stichwort nationale Ausgestaltung der Agenda 2000. Wo werden Sie für Deutschland die Obergrenze für Bullen festlegen, die ja in Westdeutschland heute bei 90 Tieren liegt?

Es muß nicht zwangsläufig eine neue

Obergrenze festgelegt werden. Auch der generelle Verzicht auf eine betriebliche Obergrenze sollte möglich sein. Zusammen mit dem Berufsstand und den Bundesländern werden wir besprechen, wie wir diesen nationalen Entscheidungsspielraum zum Vorteil des deutschen Rindfleischsektors nutzen werden.

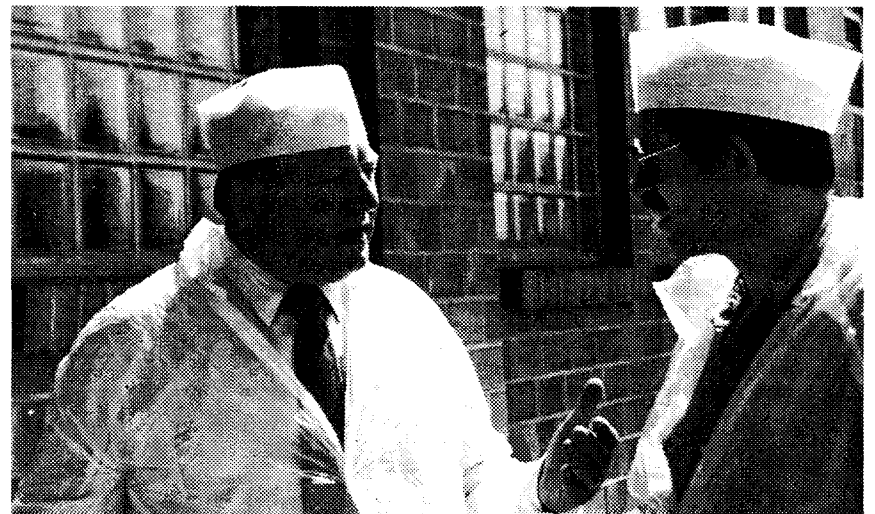
Eine Anhebung bzw. Aufhebung der 90-Tier-Grenze hat zur Folge, daß der begrenzte Finanztopf auf mehr Tiere verteilt werden muß und damit die Bullenprämie pro Tier niedriger ausfällt. D.h. Betriebe mit kleinen Beständen bezahlen die Prämien-Ausweitung der größeren Bestände. Um das zu vermeiden, sieht der Agrar-Kompromiß vor, daß die Mitgliedstaaten eigene Regelungen erlassen, die Kleinbetrieben die volle Prämie beläßt und die Kürzung allein auf die Betriebe mit Beständen oberhalb einer festzusetzenden Größe verteilt. Worauf haben sich die deutschen Rinderhalter einzustellen?

Weniger die Anhebung bzw. Aufhebung der 90-Tiere-Obergrenze als vielmehr die künftige relative Vorzüglichkeit der Tierprämien gegenüber der Silomaisprämie wird zu einer Zunahme der Prämienanträge für männliche Rinder führen. Dementsprechend wird die Silomaisprämie für die Bullenhalter an Bedeutung verlieren. Auch ihre Annahmen, daß nur die größeren Bestände zulegen werden, teile ich nicht. Außerdem besteht keine Verpflichtung, hier eine „Kleinerzeugerregelung“ einzuführen. Auf jeden Fall werden wir vor einer Entscheidung auch in dieser Frage mit dem Berufsstand und den Bundesländern Gespräche führen. Da unser Prämienplafond bei den männlichen Rindern bisher noch nicht ausgeschöpft ist, könnten wir auch erst einmal abwarten, wie sich die Anzahl der Prämienanträge entwickeln wird.

Das Agrar-Paket beinhaltet, daß ein Teil der Prämien für Rinder (inkl. Milchkühe) von den Mitgliedstaaten verteilt wird. Das soll ermöglichen, regionale Unterschiede in den Produktionsbedingungen auszugleichen, z.B. durch Einführung einer Grünlandprämie. Nun gibt es in Deutschland starke Interessen, genau das zu verhindern und statt dessen dieses Geld auch an die intensive Bullenmast zu geben. Setzen Sie sich hier trotzdem für eine Grünland-Prämie ein?

Ein Einstieg in eine Grünlandprämie über die vorgesehenen nationalen Ergänzungsbeträge, die im Milch- und Rindfleischbereich als Kompensation für die beschlossenen Preissenkungen

zur Verfügung stehen, ist eine denkbare Option. Sie gilt es aus den bereits genannten Gründen sorgsam zu prüfen. Angesichts des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes muß sich jedoch in der Summe ein Prämienvolumen ergeben, dessen Auszahlung über die Fläche sich auch lohnt. Für nationale Ergänzungsbeträge stehen Deutschland noch 88,4 Mio. Euro zur Verfügung. Dies entspräche rd. 30 DM pro Hektar Grünland. Dieser geringe Betrag stünde in keinem Verhältnis zu dem erheblichen Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten. Da außerdem die Reform der Milchmarktorganisation zeitlich verschoben wurde, kann die Einführung einer Grünlandprämienregelung unter diesen Bedingungen letztlich nur eine längerfristig zu verwirklichende Option sein.



Minister Funke, hier während einer NEULAND-Pressereise, warnt vor Wettbewerbsverzerrungen.

Ebenfalls in nationaler Hand liegt die Möglichkeit, eigenständig bis zu 20 % der Direktzahlungen an Kriterien wie Arbeit und Umwelt zu binden. Wie beurteilen Sie diesen Passus aus dem Agrar-Paket?

Was die Umweltbestimmungen angeht, ist für mich eins klar: Eine Verknüpfung der Direktzahlungen mit Umweltanforderungen, die über die Anforderungen der guten fachlichen Praxis hinausgehen, kommt nicht in Frage. Denn dies würde die Einkommenswirksamkeit der Direktzahlungen verringern. Umweltschutzes, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen, müssen gesondert honoriert werden.

Bezüglich einer möglichen Bindung der Direktzahlungen an die Kriterien Arbeitskräfteansatz, Standarddeckungsbeitrag und/oder Prämienvolumen habe ich große Zweifel, ob es ein Modell gibt, daß einseitige Belastungen einzelner Betriebsgruppen oder Regionen vermeidet, keinen gravierenden zusätzlichen Verwaltungsaufwand erfordert – hier sehe ich insbesondere bei dem Kriterium Arbeits-

kräftebesatz erhebliche Probleme – und innerhalb Deutschlands weitgehend auf Akzeptanz stößt. Im übrigen sollten wir alles vermeiden, was die Wettbewerbsstellung unserer Betriebe im europäischen Vergleich schwächen würde.

Das wirklich Neue an den Ergebnissen ist die Einführung der sog. Zweiten Säule, mit der die Förderung der ländlichen Entwicklung zusammengefaßt und verstärkt werden soll. Wird es dazu ein neues Bundesgesetz geben wie in Frankreich, oder wird das Ländersache? Und wo wollen Sie inhaltliche Schwerpunkte setzen?

Für die Umsetzung wesentlicher Teile der neuen Ratsverordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes haben wir mit der Ge-

meinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereits ein seit Jahrzehnten bewährtes Instrument. Wir werden entscheiden, ob bestehende Förderinstrumente der Gemeinschaftsaufgabe angepaßt werden müssen und ob neue Förderinstrumente einbezogen werden sollen. In den Koalitionsvereinbarungen ist insbesondere eine Stärkung des Vertragsnaturschutzes und des ökologischen Landbaus sowie die Förderung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung genannt. Die Spielräume, aus der Gemeinschaftsaufgabe auch außerlandwirtschaftliche Tätigkeiten und allgemeine Maßnahmen im ländlichen Raum zu fördern, sind aus rechtlichen und finanziellen Gründen begrenzt. Grundsätzlich liegt die Zuständigkeit für die Agrarstrukturförderung bei den Ländern. Sie können außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe weitere Maßnahmen in die von ihnen zu erarbeitenden Entwicklungspläne aufnehmen.

Wir danken für das Interview.

ECOVIN: „Anschlag auf Weinkultur“

Die Freisetzung von gentechnisch veränderten Reben hat der Bundesverband Ökologischer Weinbau ECOVIN als „Anschlag auf die Weinkultur“ bezeichnet. ECOVIN wendet sich gegen eine Fortsetzung der Versuche, bei denen noch in diesem Jahr erstmals transgene Reben in der Pfalz und in Franken freigesetzt werden sollen. Die Öko-Weinbauern halten das Projekt für überflüssig und unverantwortlich und warnen vor unkalulierbaren Risiken. Die ECOVIN-Richtlinien untersagen den Gentechnik-Einsatz. Während Gentechniker pilzresistente Sorten künstlich schaffen wollten, setzten Ökoinwinzer pilzresistente Rebsorten schon seit Jahren mit wachsendem Erfolg ein, so der Verband. ECOVIN stellt auch in Frage, daß eine gentechnisch veränderte Sorte Riesling noch wie Riesling schmeckt und noch so genannt werden darf. pm

Wie wär's mit Waldarbeit im Urlaub

Baumstämme entrinden, Lawinenschutzzäune bauen, Setzlinge pflanzen. Eine Urlaubswoche der anderen Art bietet die deutsch-schweizer Umweltorganisation Bergwaldprojekt e.V. allen Freiwilligen für Kost und Logier. Bis Oktober finden an 22 Orten in Deutschland, Österreich und der Schweiz Bergwald-Workcamps (z.T. als Familienprojekte für Eltern mit Kindern zwischen 3 und 7 Jahren) statt, zu denen Sie sich noch anmelden können. Die TeilnehmerInnen lernen durch ihre praktische Arbeit im Wald diesen faszinierenden Lebensraum hautnah kennen und leisten dabei einen aktiven Beitrag zum Naturschutz. Infos: Bergwaldprojekt e.V., ☎ 0711-6075509 oder ☎ 004181-2524145

Kartoffel-Oper

Die Karoffel erobert die Bretter, die die Welt bedeuten. Auf der Bühne Neubrandenburg wird jetzt eine Kartoffel-Oper in Szene gesetzt. Die Kartoffel-Komposition unter Leitung von Jürgen Kurz handelt die ganze Breite der Thematik ab: Die Arien besingen die Überfahrt der Erdäpfel von Amerika nach Europa, die Anforderungen an eine gute Kartoffel wie auch mögliche Schäden an der Knolle. Ob auch Freiland-Aufführungen im Kartoffelfeld geplant sind, ist bisher nicht bekannt. en

Hymne auf die Gülle

„Pflanzen brauchen Dünger, und im Kot ist Energie, gibt man ihnen Gülle, wachsen sie wie noch nie. Der Bauer spannt den Traktor, vor das große Güllefaß, holt das große Saugrohr, und befüllt es naß.“ Diese „Hymne auf die Gülle“ hat der singende Landwirt Heiner Hilleringmann aus Unna-Billmerich verfaßt und bei EMI-Electrola auf CD veröffentlicht. In seinem Lied besingt Hilleringmann, der erst seit einem halben Jahr Gitarre spielt, mit unverkennbar westfälischem Zungenschlag den „Güllemann“ und dessen Freuden: „Mit seinem Güllefaß aus Unna-Billmerich, fährt er die Gülle raus, er ist ein Mann wie ich, er wollte wochenlang immer nur Gülle fahren, er ist ein Mann wie ich, hatte Sandalen an.“ Im Güllesong des 42jährigen Landwirts werden aber auch die schmerzlichen Seiten des Güllefahrens nicht verschwiegen: „Wenn er durch das Dorf fährt, winkt ihm kaum jemand zu, er grüßt fäkalisch-freundlich, jeder denkt, laß mich in Ruh...“ Dieser eher pessimistischen Aussage im Gülle-Lied widerspricht aber der überraschende Erfolg der Gülle-Ode: Bereits wenige Tage nach dem Erscheinen hatte Hilleringmann in und um Unna mehrere Dutzend seiner CDs verkauft. Und jetzt ist er tatsächlich auf dem besten Weg in die bundesdeutschen Charts. Der Gülle-Troubadour hat kürzlich sogar in der Sendung des Pro-Sieben-Moderators Stefan Raab den „Raab der Woche“ gewonnen, den Raab für besonders schräge Leistungen vergibt. Der singende Landwirt setzte sich mit seiner Gülle-Hymne souverän gegen einen Schimpansen und eine Blondine durch. Hilleringmann, der auf seinem 78-Hektar-Hof Schweine mästet, hat denn auch nach Ansicht seiner Plattenfirma die besten Aussichten, zum populärsten Bauer der Nation zu avancieren... en



KURZES AM RANDE

Land Macht Satt

Neue Kampagne der Eine-Welt-Läden auf der Suche nach Kooperationspartnern

Der 4. Europäische Weltladentag am 8. Mai 1999 ist der Startschuß für die neue, dreijährige Kampagne „Land Macht Satt“ der ca. 2.500 europäischen „Weltläden“. Thematisiert werden in dieser Kampagne die Auswirkungen des zunehmend globalisierten Weltmarktes für Agrargüter auf die Lebenssituation der Kleinbauern/-bäuerinnen im Süden, aber letztlich auch bei uns in Europa.

Macht Land die, die davon leben müssen, wirklich satt? Oder macht Land deswegen nicht satt, weil andere „Macht satt“ haben und mit ihrer Macht die Spielregeln des Weltagrarmarktes bestimmen? Genau hier setzt die Kampagne politisch an. Durch den Einfluß der reichen und mächtigen Industrieländer und multinationalen Unternehmen werden zunehmend direkt und indirekt die Lebensgrundlagen der KleinproduzentInnen zerstört. Daher ist es besonders wichtig, die anstehenden Neuverhandlungen des Weltagrarkommens der Welthandelsorganisation (WTO) in dieser Kampagne kritisch zu begleiten.

Neben dieser politischen Stoßrichtung der Kampagne soll vor allem der Faire Handel der Weltläden als eine Alternative zum derzeit herrschenden System bekannt gemacht werden. Deshalb stehen in der Kampagne die bäuerlichen ProduzentInnen des Fairen Handels im Mittelpunkt. Anhand der Situation von HandelspartnerInnen der Produkte Kakao,

Zucker, Reis und Kaffee sollen exemplarisch die negativen Einflüsse der Macht des bestehenden Welthandelssystems, aber auch die Chancen des Alternativen Handels dargestellt werden.

Das „Network of European World Shops“ (NEWS!) und der Weltladendachverband organisieren diese Kampagne in Zusammenarbeit bzw. Abstimmung mit anderen Nichtregierungsorganisationen, z.B. der BUKO-Agrarkoordination oder der AbL. Für konkrete Aktionen vor Ort hat der Weltladendachverband den Weltläden empfohlen, auch die Zusammenarbeit mit AbL-Mitgliedern zu suchen. Denn das Anliegen, im Süden und im Norden bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten und die negativen Auswirkungen des Weltmarktes zu verringern, verbindet beide Akteure.

Der Weltladentag am 8.5.99 ist für die Weltläden ein Einstieg in das komplexe Thema der WTO-Agrarverhandlungen. Je nach Verhandlungsverlauf sollen die Forderungen konkretisiert werden und neue Aktionen hinzukommen. Informationen und Materialien (Broschüre, Faltblätter, Poster) zur Kampagne gibt es in der Geschäftsstelle des Weltladendachverbands. Dort kann auch die Adresse des nächstgelegenen Weltladens erfragt werden, denn Zusammenarbeit tut not!

Hans-Christoph Bill

Kontakt: Weltladen-Dachverband, Pf 100 205, 64202 Darmstadt, ☎ 06151-537332 (abends), Fax: -953205

10 Jahre „Grünes“ Radio

Auf dem Trecker, in der Küche, im Auto oder im Kammerbüro: Mittags von 11.35 Uhr bis 12 Uhr schalten Bauern und Bäuerinnen, Agrarfunktionäre und Berater seit 10 Jahren die Sendung „Umwelt und Landwirtschaft“ des Deutschlandfunks (DLF) ein. Im April 1989 war der DLF bundesweit der erste Sender mit einem speziellen Umweltschwerpunkt, indem der bis dahin 10minütige landwirtschaftliche Sendeplatz ausgeweitet wurde. „Damit haben wir damals der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen: Immer mehr Leute interessierten sich dafür, wie man z.B. ein Feuchtbiotop anlegt, zum Artenschutz beitragen kann oder beim Frühjahrsputz umweltschonender sauber macht“, erklärt Günter Hetzke, Leiter der „grünen“ Redaktion beim DLF. „An die Stelle solcher praktischen Verbrauchertips ist inzwischen die Umweltpolitik getreten, von der Energie-

wirtschaft in Deutschland bis zum Erhalt von Ökosystemen in der ganzen Welt“. Mindestens 10 Minuten der Sendung sind wie eh und je der Landwirtschaft gewidmet. Von der Agrarpolitik über neue Ideen vom Bauernhof und der Vermarktung bis zur Darstellung der heute üblichen landwirtschaftlichen Arbeit reicht dabei die Themenpalette.

600.000 Hörer/innen schalten täglich ein. Und ganz viele von ihnen rufen hinterher an, um nach Kontaktadressen und Texten zu fragen oder ihre Meinung zu äußern. „Wir sind beim DLF die Sendung mit den meisten Hörerkontakten“, freuen sich Günter Hetzke und sein erfolgreiches Team in Köln. „Aufgrund des Erfolges bleibt die Sendung auch bestehen. Abgebaut oder gar aufgelöst wie bei anderen Sendern wird unsere „grüne“ Redaktion nicht. Wir bleiben allen Umwelt- und Agrarinteressierten erhalten.“ ah

Diskussionen und dreiste Datenverarbeitung

Der Nachbau von Pflanzensorten und bäuerliches Recht

Eine heiße Diskussion löste der Leserbrief eines Mitarbeiters der Landwirtschaftskammer Rheinland in der dortigen „Landwirtschaftlichen Zeitung“ aus. Er hatte Verständnis für das Erheben von Nachbaugebühren durch die Planzenzüchter geäußert. Zorn und Entrüstung von Bäuerinnen und Bauern wurden in vielen antwortenden Leserbriefen ausgedrückt. Gleichzeitig erhielt eine regionale Initiative, die sich gegen die Nachbaugesetze gegründet hatte, regen Zulauf. Wilhelm Zimmermann und Martin Forsbach, beide Bauern aus dem Kreis Düren, organisieren den lockeren Verbund von mittlerweile 160 Bäuerinnen und Bauern. „Unser Kernziel ist Abschaffung der Nachbaugebühren“, so Zimmermann, „Ich kann nicht verstehen, daß der Bauernverband sich auf die Seite der Züchter gestellt hat.“ Das Unverständnis gegenüber dem Verband wollen die Rheinländer demnächst schriftlich loslassen, derzeit werden Unterschriften gesammelt für eine Erklärung in der mit gemeinschaftlichem Austritt gedroht wird, wenn der Bauernverband nicht „seine Stellungnahme zu den Nachbaugebühren ändert.“ Für

Zimmermann ist allerdings der Hauptkritikpunkt an der Nachbaugebühr, die mit ihr verbundene Verschärfung von Abhängigkeiten der Bäuerinnen und Bauern gegenüber den multinationalen Konzernen, die durch die Gentechnik noch verstärkt würden.

Interessante Methoden

Was dann kommt, macht uns derzeit die USA vor: dort setzt sich Gentechnik-Konzern Monsanto für ein Gesetz ein, daß mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand alle Saatgutaufbereiter – also auch Bauern, ihr Nachbasaatgut selbst aufbereiten – dazu verpflichten würden, jeden Arbeitsvorgang zu dokumentieren. Unterstützt würde damit Monsantos derzeitige großangelegte gerichtliche Verfolgung von Farmern, die patentrechtlich geschützte Gentechnik-Baumwolle nachbauen. Mit Hilfe von Detektiven, Radiospots und Denunzations-Hotlines zerrt Monsanto hunderte von Farmern vor den Kadi.

Die deutschen Pflanzenzüchter sind von solchen Methoden noch ein Stück entfernt, wenn auch immer mehr Gerichts-

termine – mittlerweile sind es mindestens 6, die ersten am 21. Mai – in Sachen Nachbaugebühren bekannt werden. Zimmermann ist ihre Durchführungsorganisation, die Saatgut-Treuhand, aber auch nicht gerade. So kam ein Bauer eher unfreiwillig zur bundesweiten „Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren“: Fritz Otto, Demeterbauer aus Schleswig-Holstein hatte seine Nachbauerklärung ordnungsgemäß ausgefüllt. Er baut neben geschützten Sorten auch zwei Gerstensorten und eine Nackthafersorte an, für die kein Sortenschutz mehr besteht bzw. nie bestanden hat. Auf der Rechnung von der Saatguttreuhand sind nun die Sorteneintragen so geändert, als würden Sortenmischungen von geschützten Sorten nachgebaut und die entsprechende Gebühr erhoben. Auf Nachfrage wurde mit einem Computerfehler argumentiert. Eine Antwort auf seine schriftliche Ablehnung der Rechnungsannahme „da gegenüber unserer Nachbauerklärung offensichtlich eigenmächtig und ohne Rücksprache Veränderungen vorgenommen wurden“ hat Otto noch nicht erhalten. cs



Nicht ausfüllen!

Diese Devise gilt auch weiterhin

für Bäuerinnen und Bauern, die sich gegen die Nachbaugebühren zur Wehr setzen wollen. Nach Aussage von DBV-Geschäftsführer Born haben 95% der Landwirte das Kooperationsverfahren genutzt. Geschickterweise sagt er nicht, was er gleich 100% setzt. Nach Angaben der Saatgut-Treuhand wurden erst 206.000 Betriebe – das sind weniger als 50% aller deutschen Höfe – angeschrieben. 133.000 haben geantwortet, davon sind 48.000 nachbaugebührenpflichtig. Kontakt Interessengemeinschaft: siehe Seite 23

Chance

Für Donnerstag, 27. Mai, ruft die Initiative Eurotoques zum „2. Europäischen Koch-Festival“ mehrere Tausend Köche in zahlreichen Ländern Europas zum . Neben kulinarischen Angeboten in den Restaurants gibt es an vielen Stellen regionale Erzeugermärkte. Die Abl ist Unterstützer der Aktion und ermöglicht es damit Mitgliedern, als offizielle Lieferanten an die beteiligten Gastronomen heranzutreten. – Eine Chance! Kontakt: Eurotoques Deutschland, E.-U. Schassberger, ☎ 07184-292-102, Fax - 138, www.eurotoques.de

Weiterer Höhepunkt

Ein weiterer kulturell-kulinarischer Höhepunkt winkt im Oktober diesen Jahres. Im Rahmen des Symposiums „Erhaltung und Nutzung regionaler landwirtschaftlicher Vielfalt – von der Verpflichtung zur Umsetzung“ gibt es ein regionales Vielfalt-Menü. Veranstalter des Symposiums vom 8.-10.10. in Bergkamen-Heil sind das Informationszentrum für genetische Ressourcen (ZADI/IGR, dem BML zugehörig), das Umweltzentrum Unna und die Abl.

Kochen verändert die Welt

Nicht nur beim 2. Europäischen Koch-Festival schmort Regionales in den Töpfen

Wer bei Küchenchef Ernst-Ulrich Schassberger zu Gast ist, erlebt Sinnesfreuden pur. Denn der Hotelier legt nicht nur Wert auf gesunde, wohlschmeckende Speisen, für ihn gehört zum gepflegten Essen auch eine angenehme Räumlichkeit, Geschirr vom Designer, ein guter Wein. Essen ist für den gelernten Koch und Chef der Köchevereinigung Eurotoques Deutschland ein Stück Kultur. Eine Kultur allerdings, die seiner Meinung nach in Deutschland unterentwickelt, ja sogar gefährdet ist. Denn nicht nur die Hausfrau bediene sich industriell vorgefertigter Nahrungsmittel, auch in der Gastronomie hätten Fertiggerichte Einzug gehalten. Wer sich Koch nenne und nur Tüten anrühre verunglimpfe den Beruf des Kochs und täusche außerdem die Verbraucher. Darüber hinaus fürchtet der 53jährige bei derlei Praktiken um die Gesundheit der Verbraucher. Allergiker könnten inzwischen selbst bei einer Himbeere nicht mehr sicher sein, ausschließlich fruchteigenes Genmaterial zu verzehren. Die Entwicklung der Gentechnologie in Land- und Ernährungswirtschaft verurteilt er vehement: „Das ist eine Volksverdrummung; man weiß nicht mehr, was man isst.“

Der Eurotoques-Chef und frankophile Koch hält dagegen und organisiert zum Beispiel Auftritte auf Messen und Benefizveranstaltungen sowie Geschmacksunterricht an Schulen. Sein Bestreben ist es, die Menschen weg von der Industriearbeit hin zu frischen, naturbelassenen Lebensmitteln aus der Region zu führen. „Kochen macht Spaß“, lautet seine Botschaft. Und: Kochen kann die Welt verän-



dern. So soll das zum Kochen verwendete Obst und Gemüse umweltverträglich erzeugt sein und das Fleisch von Tieren aus artgerechter Haltung stammen. Mit einer nachhaltigen Landwirtschaft würde die Umwelt geschont, die Kulturlandschaft erhalten und dem Tourismus gedient. Um möglichst viele seiner Ziele zu erreichen, versucht Schassberger, in seine Projekte neben Spitzenköchen auch Bauern und Naturschützer einzubeziehen. Daß ihm dies gelingt, zeigt das Beispiel Kochfestival. Nur einen Wunschkandidaten konnte er nicht gewinnen: die finanzstarke CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft). „Und das, obwohl wir ausschließlich mit Produkten aus der Region arbeiten“, ärgert sich Schassberger. Doch auch ohne die Unterstützung der CMA verspricht das Kochfestival ein Erfolg zu werden. Presseanfragen häufen sich, und die Fax-Abrufbank verzeichnet rund 50 Anrufe pro Tag. Die beteiligten Gastronomen werden also viel zu tun bekommen und ihre Gäste dürfen sich auf einen schönen Tag freuen, denn, so Schassberger: „Happy cooking makes happy people.“

Susanne Popp-Schnell

BML sieht Gefahr bei Obergrenzen

Auf die Forderung einer bayerischen Bauerngruppe zur Agenda 2000, eine Obergrenze der staatlichen Ausgleichszahlungen in Abhängigkeit vom Arbeitskräfte-Einsatz eines Betriebes einzuführen (siehe Bauernstimme 1/99, S. 5), antwortete das Bundeslandwirtschaftsministerium nun: „Die von Ihnen vorgeschlagene Begrenzung der Ausgleichszahlungen auf 28.000 DM je Arbeitskraft würde für eine große Zahl von Betrieben erhebliche wirtschaftliche Probleme mit sich bringen und könnte die Existenz vieler Betriebe gefährden. Dieses ist mit einer Agrarpolitik, die die Erhaltung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft in allen Regionen Deutschlands zum Ziel hat, nicht vereinbar. Im übrigen ergäben sich erhebliche Benachteiligungen für Betriebe mit arbeitsexensiven Produktionsverfahren, besonders effiziente Betriebe mit niedrigem AK-Besatz sowie für Betriebe, die Arbeiten im Lohn durchführen lassen.“ So das BML. Also bleibt es dabei, daß heute genau diese Betriebe, die Arbeit durch Kapital und Technik ersetzen, durch die undifferenzierte Prämienzahlung bevorzugt werden. *uj*

DBV'ler bedauert Prämien-Ungerechtigkeit

Der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd, Norbert Schindler, hat an den Beschlüssen zur Agenda 2000 kritisiert, daß sie die Benachteiligung der Familienbetriebe gegenüber den großen landwirtschaftlichen Produktionsstätten in keiner Weise lindere. Da durch die Bindung der Ausgleichszahlungen an die unterschiedlichen Ertragsmöglichkeiten auch die Betriebe in den ertragreicheren Regionen stärker unterstützt würden, sei ein sozialverträglicher Strukturwandel vor allem für die kleinen Betriebe in den klimatisch benachteiligten Gebieten nicht zu erwarten. „Wir dürfen nicht zulassen, daß die Unterstützung sich auf die Töpfe von wenigen Großbetrieben oder Produzenten von Spezialkulturen reduziert“, so Schindler. *pm*

Jetzt Prämie für Körnerleguminosen

In diesem Jahr sollen Landwirte auch für bestimmte Wickenarten sowie für Linsen und Kichererbsen Ausgleichszahlungen beantragen können. Das sieht ein Entwurf des Bundeslandwirtschaftsministerium vor, der momentan mit den Bundesländern abgesprochen wird und eine EU-Verordnung umsetzen soll. Für die Wicken-Arten *Vicia sativa* und *Vicia ervilia* Willd sowie für Linsen und Kichererbsen sieht der Entwurf eine Prämie von 181 ECU/ha (353 DM) vor, wobei der Betrag bei Überschreitung der EU-Garantiefäche von 400.000 ha entsprechend gekürzt wird (im letzten Jahr auf 164 ECU/ha bzw. 320 DM). *pm*

Finanzausgleich an Fläche binden!

Eine „neue Partnerschaft zwischen Stadt und Land“ fordert das Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen in einem Diskussionspapier. Dazu schlägt das Institut vor, den kommunalen Finanzausgleich dahingehend zu verändern, daß er nicht mehr allein an der Einwohnerzahl bemessen wird, sondern verstärkt an der Fläche. So sollen die ökologischen Ausgleichsfunktionen honoriert werden, die der ländliche Raum für die städtischen Regionen übernimmt. Denn die Aufnahme der Schadstoff-Frachten aus städtischen Schornsteinen und vor allem vom Verkehr leiste das Land bisher ohne Gegenleistung. Kontakt: Institut f. Kirche u. Gesellschaft, ☎ 02371-352186

FFH in Niedersachsen

In Niedersachsen wurde Anfang Februar der Startschuß für die zweite Runde der Gebietsmeldungen zur Flora-Fauna-Habitat (FFH) – Richtlinie gegeben. Zur Debatte stehen nun 70 weitere Gebiete mit einem Umfang von 1.900 qkm. Erörtert werden die gesamten Vorschläge auf Regierungsbezirksebene mit Beteiligung von Landkreisen, Kommunen, Institutionen, Behörden und Verbänden, die von dem Vorhaben betroffen sind, hierzu zählt natrlich auch die AbL. Wer ein vorgeschlagenes FFH-Gebiet vor der Haustür liegen hat bzw. die Haustür samt Haus und Hof darinliegt, sollte möglichst schnell aktiv werden, wenn Einwände vorliegen. Ansprechpartnerin ist die jeweilige Bezirksregierung, Karten- und Infomaterial ist aber auch bei der AbL Niedersachsen vorhanden, die ggf. unterstützen kann. (Kontakt: Jürgen Strodthoff, ☎ 04244/966725



Die Agenda 2000 wird die Gebäude dieses typischen nordhessischen Hofes stehen lassen, nur alles, was auf Landwirtschaft hinweist, droht zu verschwinden, meint die AbL Nordhessen. Foto: Schievelbein

An Positivem nichts geblieben

Stellungnahme der AbL Nordhessen zur Agenda 2000

Seit Beginn des Jahres treffen sich Mitglieder der AbL in Nordhessen wieder regelmäßig, um aktuelle Themen der Landwirtschaft zu besprechen. Zur Agenda 2000 sind wir zu der folgenden Einschätzung gekommen:

Unter der Präsidentschaft der rot-grünen Bundesregierung wurden am 26. März in Berlin die Vorschläge der EU-Kommission abgesehen. Hier und dort verändert, je nach dem Gewicht der „nationalen Interessen“ und der Stärke der einschlägigen Lobby, aber in den Prinzipien unverändert. Die günstige Möglichkeit, den Rücktritt der EU-Kommission wegen Korruptionsfällen und Beispielen von Mißwirtschaft zu nutzen, um eine inhaltliche Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik anzugehen, wurde nicht genutzt. Die zufriedenen Äußerungen der Minister Funke, Fischer und Schröders zeigen im Gegenteil, daß sie inhaltlich die Reform – so wie sie ist – tragen. Wußten sie es nicht besser, oder waren sie schon mit Kriegsvorbereitungen beschäftigt?

Von den viel beschworenen „Schritten in die richtige Richtung“ ist nichts geblieben. Im Gegenteil: die 1993/94 begonnene Richtung aus Preisverfall und begleitenden flächen- bzw. tierbezogenen Subventionszahlungen ist mit energischen Schritten weitergegangen worden:

Die flächenstärksten Betriebe bleiben die großen „Absahner“. Minister Funke, der im Vorfeld so gerne über die „ostdeutschen Agrargenossenschaften“ herzog, über die englische Königin und ihre Millionenbezüge aus dem EU-Haushalt witzelte, hat sich „um die Großverdiener in der Landwirtschaft verdient gemacht“.

Die Massentierhaltung wird – wegen der fallenden Getreidepreise – erneut begünstigt.

Die Grünlandbetriebe bleiben die großen Verlierer. Der Anteil der Maissilage an der Fütterung der Milchkühe wird weiter stei-

gen, trotz der schon jetzt deutlichen gesundheitlichen Probleme für die Kühe und der Verminderung der Qualität der Milch (u.a. Beeinträchtigung der Fruchtbarkeit, Notwendigkeit der Zufütterung von β -Carotin).

Eine Senkung der Intensität der Produktionsformen in der Landwirtschaft wird es nicht geben. Das zeigt auch die Erfahrung seit der 93er Reform. Dabei wäre sie dringend erforderlich:

1. um die Arbeitsbedingungen der Bauern und Bäuerinnen sowie der abhängig Beschäftigten zu verbessern;
 2. um den Streß für die Tiere und die Böden zu mindern;
 3. um Überschüsse abzubauen und
 4. um der Landwirtschaft insgesamt die Möglichkeit zu geben, in neuer Weise eine Diskussion um ihre Interessen zu führen.
- Die gesellschaftliche Vergeudung in Gestalt der Branche wird festgeschrieben (nichts von „links der Straße Kleegras, recht der Straße Kleegras, alles AbL“). Die Verlagerung der Stilllegung auf (zugepachtete) Standorte mit ertragsschwachen Böden wurde zudem noch erleichtert.

Die starke Verminderung der Ölsaatenprämie auf die Höhe der Getreideprämie wird vermutlich dazu führen, daß der Rapsanbau stark zurückgeht und die Getreideüberschüsse wachsen (auch wenn dabei zu berücksichtigen ist, daß der Wegfall von Raps in der Fruchtfolge die Getreideerträge etwas sinken lassen wird).

Die Pachtpreise werden weiter steigen:

1. durch die verschärfte Konkurrenz innerhalb der Landwirtschaft und
 2. durch die Zunahme von Pachtverträgen, bei denen die Höhe der Pacht an der Höhe der Flächenprämie gekoppelt ist.
- Der weitere Verfall der Getreide- und Rindfleischpreise wird auch die Erzeugerpreise der Bio-Betriebe weiter unter Druck setzen.

Statt ein „Bündnis für Arbeit“ voranzubringen, das auch der Landwirtschaft neue Aufgaben und Perspektiven gibt, wird sich das mit der EU-Agrarreform eingeläutete beschleunigte Höfesterben fortsetzen. Die neue „2. Säule“ der EU-Agrarpolitik (die sogenannte „integrierte ländliche Entwicklung“) ist vermutlich vor allem eine „begleitende Maßnahme“ für das „Abpuffern des Strukturwandels“, auch wenn einiges an Förderung der Direktvermarktung u.ä. abfallen wird.

Schlußfolgerung: der „Erfolg der Agenda-2000-Vereinbarungen“ läßt von der weiteren Agrarpolitik der rot-grünen Bundesregierung nicht viel Gutes erwarten.

Onno Poppinga

Unter Zeitdruck wird die 2. Säule zur Mosaik-Stange

Die Bundesländer stricken an neuen „Ländlichen Entwicklungsplänen“, ohne fertige Vorgaben aus Brüssel. Bis Ende des Jahres muß alles genehmigt sein, wenn ab dem 1.1.2000 Geld fließen soll

Eine schöne, stabile Säule zu meißeln, das braucht seine Zeit. Und so läßt die Eile, die derzeit an den Tag gelegt wird, nicht viel gutes erwarten. Noch dazu, wo der Geldsegen aus Brüssel nicht so reich ausfällt, wie viele gehofft hatten.

Die Landwirtschaftsministerien der Bundesländer arbeiten derzeit mit Hochdruck daran, ihre Förderprogramme (Investitionsförderung, Agrarumweltprogramme, Benachteiligte Gebiete, Vermarktungsförderung, Dorferneuerung etc.) zu überarbeiten und neu zu ordnen. Die Agenda 2000 zwingt sie dazu, denn nicht nur Preissenkungen und Ausgleichszahlungen sind beschlossen worden, sondern auch eine Neuordnung der Förderprogramme für den ländlichen Raum. Aus vielen verstreut bestehenden und allzuoft nicht aufeinander abgestimmten Einzelverordnungen hat die Kommission die sogenannte Zweite Säule der Agrarpolitik zu basteln. Offiziell trägt sie den Namen „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes“. Für sie stellt Brüssel jährlich etwa 4,3 Mrd. Euro bereit, das sind etwas mehr als 10 % des Agrarhaushaltes.

Schon bisher hat die EU für die ländlichen Entwicklung Förderprogramme angeboten, allerdings waren die Maßnahmen auf viele verschiedene Töpfe und Kompetenzen verteilt. Kaum jemand blickte da noch durch.

Dieses Fördersystem wird nun neu geordnet und zum Teil zur Zweiten Säule der Agrarpolitik zusammengefaßt. Die „erste“ und deutlich dominierende Säule bleibt weiterhin die reine Marktordnungspolitik (Intervention, Exportförderung, Preisausgleichszahlungen etc.).

Die Zweite Säule wird in Brüssel derzeit in die endgültige Verordnung gegossen. In Deutschland ist sie in erster Linie von den Bundesländern umzusetzen.

„Wir sind voll in der Programmierung drin“, beschreibt Pressesprecher Krause vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium die Situation in München. Ähnlich sieht es in anderen Länderministerien aus, wo an der Aufstellung sogenannter „ländlicher Entwicklungspläne“ gearbeitet wird. Über Bonn gelangen diese Pläne dann nach Brüssel, wo die EU-Kommission sämtliche Programme prüfen und absegnen muß; und sie hat allen Beteiligten einen engen Zeitrahmen gesetzt.

So muß die EU-Verordnung noch vom EU-Agrarministerrat absegnet werden, allerdings ist die Vorlage noch nicht fertig.

Nach Beschluß des Ministerrates und Veröffentlichung im Amtsblatt der EU haben die Bundesländer dann maximal sechs Monate Zeit, um ihre Programme der Kommission vorzulegen. Die Kommission wiederum hat sich verpflichtet, die Prüfung und Genehmigung innerhalb eines halben Jahres abzuschließen. Der Zeitdruck ist groß, denn die neue Förderperiode beginnt am 1. Januar 2000.

So bleibt den Bundesländern nicht viel Platz für grundsätzliche Überlegungen. Das ist zumindest eine gutwillige Interpretation. Von wirklichen Reformen ist nichts zu sehen. Inhaltliche bleibt fast alles beim Alten, nur die äußere Form der Programme ändert sich. In Nordrhein-Westfalen hangelt man sich an den bestehenden Programmen ab und gibt ihnen einen neuen Mantel. Nur kleine Bausteine kommen hinzu, gegen andere – wie der Vorrangförderung für artgerechte Tierhaltung – gibt es massiven Druck von Seiten des Bauernverbandes. In Baden-Württemberg steht ein neues MEKA-Programm kurz vor der Abstimmung. Es wird an einigen Punkten vereinfacht, vor allem aber um Wasserschutzmaßnahmen erweitert. Daß sich prinzipiell nur wenig ändern liegt aber nicht nur am Zeitplan, sondern auch im Interesse derjenigen, die das Geld noch mehr als bisher schon in die Beihilfen für Rationalisierungsinvestitionen fließen lassen wollen. Nach dem Motto, wenn Bonn und Brüssel auf Preissenkungen und Weltmarkt setzen, dann müßten sie auch das Geld den Betrieben lassen, die eine Chance auf dem Weltmarkt hätten, so Stimmen aus dem DBV. – Alle Macht den Starken.

Dem Ziel, möglichst vielen Menschen im ländlichen Raum Arbeit und Einkommen zu sichern, ist das allerdings abträglich. Erfolgversprechender ist es da, eine möglichst große Vielfalt an Betrieben und Wirtschaftsweisen zu stärken, entsprechend der verschiedenen Teilmärkte und Funktionen der Landwirtschaft. So müssen wichtige Erfolgsparameter für die Fördermaßnahmen sein:

- Steigerung der Wertschöpfung im und für den ländlichen Raum;
- Verbesserung der Umweltsituation;
- Schaffung neuer Arbeitsplätze;
- Förderung kultureller Vielfalt.

In diesem Sinne sind die einzelnen Fördermaßnahmen besser aufeinander abzu-

stimmen. Denn bislang widersprechen sie sich zum Teil in ihrer Zielsetzung und Wirkung vor Ort diametral. So wird bisher das meiste Geld gezahlt für Rationalisierungsfördernde und damit allzuoft arbeitsplatzvernichtende Investitionsmaßnahmen in landwirtschaftlichen Betrieben, aber auch in der Ernährungsindustrie (z.B. Molkerei-, Fleischwirtschaft, Großhandel). Auf der anderen Seite ist es seitens der Brüsseler Kommission erklärtes Ziel, die Beschäftigung und die Einkommen der ländlichen Bevölkerung zu erhöhen.

Angesichts dessen ist die Forderung fast utopisch, nicht an Einzelfördermaßnahmen in den Regionen kleben zu bleiben, sondern zu versuchen, den Regionen, also den örtlichen Akteuren, anzubieten, eige-



ne Entwicklungskonzepte für ihre jeweilige Region zu erarbeitet. Denn die Menschen vor Ort wissen über ihre Problemlagen am besten Bescheid. Auf europäischer Ebene ist ein Versuch gescheitert, analog zum ersten LEADER-Programm der EU die bunte Vielfalt der regionalen Akteure vor Ort in regionale Entwicklungsforen zusammenzuholen und für die Gestaltung angepaßter Entwicklungsmaßnahmen zu gewinnen. Zu stark waren die alten Strukturen, die meinen, schon am besten zu wissen, was gut ist für die Regionen. Auf Ebene der Bundesländer aber wäre dieser Ansatz denkbar; zu hören ist davon jedoch nichts. So wird die Zweite Säule ein Mosaik aus Einzelmaßnahmen, eine Säule sieht anders aus. uj

Neue CMA-Ausicht

Der Absatzfonds, der die Arbeit der CMA (Centrale Marketinganstalt der deutschen Agrarwirtschaft) finanziert, bekommt zum 1. Juli diesen Jahres turnusmäßig einen neuen Verwaltungsrat. Für das 21köpfige Gremium dürfen die Bundestagsparteien jeweils eine/n Vertreter/in vorschlagen.

Lebendige Landschaften hängen an ausreichender Wertschöpfung. Die Bundesländer basteln derzeit an „neuen“ Förderprogrammen. Doch so viel Neues kommt nicht. Foto: Febl

WTO lehnt Kanadas A/B-Modell ab

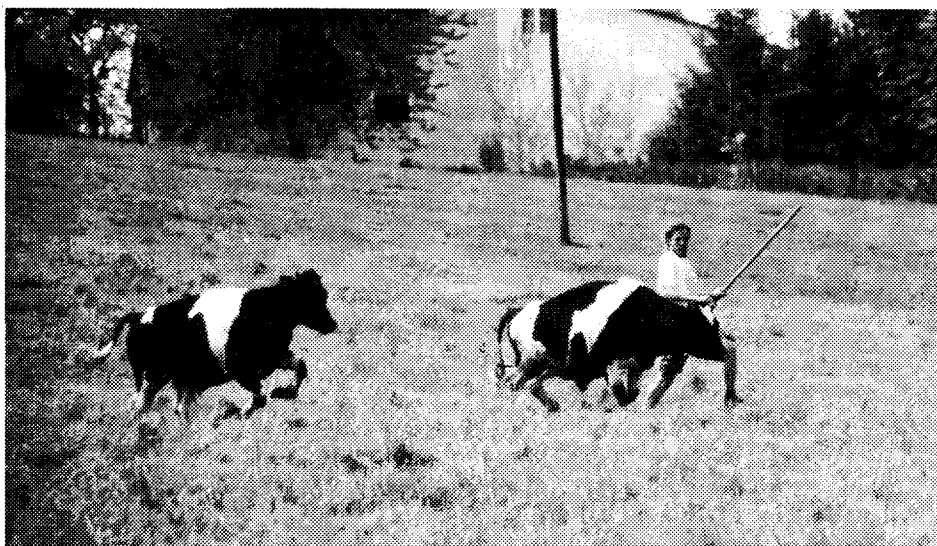
Ein WTO-Panel hat entschieden, daß das kanadische A/B-Milchquoten-System den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) widerspricht. Kanadas Milchmarktordnung teilt den Landwirten zwei Quoten zu: eine Binnenmarkt- (A-) und eine Export- (B-) Quote. Während die A-Quote den Inlandsverbrauch abdeckt, darf die B-Quotenmilch nur für die Herstellung von Exportprodukten verwendet werden. Für die Milch der B-Quote erhalten die Landwirte einen niedrigeren Preis als für die der A-Quote. Dieses Modell wird auch vom Bundesverband Deutscher Milchviehalter für Europa gefordert, um für die 90 % der EU-Milchproduktion, die in der EU verzehrt werden, einen höheren Milchpreis durchsetzen zu können. Wer darüberhinaus Milch erzeugen will, solle das tun, aber dann auch zu Weltmarktpreisen. *uj*

Spanische Bauern klagen gegen Molkereien

Gegen die Preispolitik spanischer Molkereien wollen die verschiedenen Bauernverbände Spaniens klagen. Nach Ansicht der Verbände (die „großen“ ASAJY und COAG, der Kleinbauernverband UPA und die Dachorganisation der Agrargenossenschaften CCAE) drücken die Molkereien ganz bewußt und in Absprache die Erzeugerpreise der Milchviehalter, indem sie die Aufschläge für überdurchschnittliche Fett- und Eiweißgehalte der Milch herabgesetzt haben. Dadurch entstünden den spanischen Milcherzeugern Erlöseinbußen von rund 5 Mrd. pts (58,8 Mrd. DM). Auf der anderen Seite, so ein weiterer Vorwurf, gäben die Molkereien Milchprodukte an den Handel zu Schleuderpreisen ab. Zu den angeprangerten Molkereien zählen auch Besnier und Nestlé. *pm*

Wir-Nordlichter-(Bio)Milch-AG

Die Aussichten für eine umfangreiche Vermarktung von Biomilch in Schleswig-Holstein waren in den letzten Jahren eher trist. Jetzt gibt es ein neues Vermarktungskonzept, das kürzlich auf einer Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der Grünen in Hannover vorgestellt wurde: Danach haben mehrere Bioland-Milchbauern in Schleswig-Holstein die „Wir-Nordlichter-Milch-Aktiengesellschaft“ gegründet, die die Milchfassung bündeln soll und auch für die Neuaufnahme von Mitgliedern zuständig ist. Dieser AG gehört außer den obigen Landwirten noch der Biobauer Heinz Elfenkämper an, der bisher schon als Lizenzinhaber der Trinkmilchmarke „Hamfelder Hof“ gemeinsam mit der Molkerei Trittau die Verarbeitung und den Absatz dieser besonders lange haltbaren, kurzzeiterhitzten Trinkmilch voranbrachte. Mittlerweile, so die Marketing-Experten, verlange der Lebensmittelhandel dringlich eine regionale, norddeutsche Dachmarke, unter deren Dach die ganze Palette von Bio-Milchprodukten angeboten wird. Diese breite Palette soll nun unter der Dachmarke „Hamfelder Hof“ in enger vertraglicher Kooperation zwischen der bäuerlichen Aktiengesellschaft, Heinz Elfenkämper, der Meierei Trittau, der Hansa-Milch (Werk Upahl) und der Bioland-Käserei Kranich-Horst geschaffen werden. Man rechnet mit einer Steigerung der verarbeiteten Biomilch von derzeit 3 auf 7 Mio. kg bis zum Jahresende. Beliefert werden Handelsketten, der Naturkost-Großhandel und Weiterverarbeiter. Die Erfassungs- und Verarbeitungskosten sollen durch die parallele Erfassung/Verarbeitung mit der konventionellen Milch niedrig gehalten werden. Der Milchauszahlungspreis wurde mit 80 Pfennig angegeben, für die Mitglieder der AG beträgt der einzuzahlende Stammkapitalbeitrag 10 Pf./l Milchquote. *en*



Bullenkälber beim ersten Frühjahrsbesuch auf der grünen Weide. Foto: Wulfram

Kommt das Lieferrecht?

Zwei Modelle einer zukünftigen Milchquotenregelung stellt das Bonner Ministerium noch zur Diskussion. Funkes Favorit ist das Lieferrechtsmodell

Noch vor der Sommerpause will das Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) eine Entscheidung herbeiführen, wie es mit der Milchquotenregelung nach dem 31.3.2000 weitergeht. Das BML hat die hausinterne Diskussion auf zwei Modelle konzentriert: ein Lieferrechts-/Poolmodell und ein Markt-/Börsenmodell.

Beide Modelle belassen der Milchquote zunächst weiterhin eine gewisse Werthaltigkeit – das Lieferrechtsmodell bis zum Jahr 2003, das Börsenmodell darüber hinaus. D.h., Milchbauern, die von anderen die Rechte, Milch zu erzeugen und zu verkaufen, übernehmen wollen, müssen dafür zumindest bis 2003 weiterhin Geld zahlen. Das BML sieht dazu rechtlich keine Alternative, so Dr. Kloos, Referatsleiter im BML. Eine konsequente Entkaptalisierung der Quote hielt vor den deutschen Gerichten auf keinen Fall stand. Protest löste Dr. Kloos damit bei den 200 Milchbauern aus, die zur Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter gekommen waren. Ihr Vorsitzender, Romuald Schaber, widersprach der Rechtsauffassung des BML und zitierte juristischen Gutachten, die sehr wohl Möglichkeiten für ein Ende der Werthaltigkeit nennen.

Dr. Kloos aber ließ sich darauf nicht mehr ein: Alle Gutachten, die es gebe, seien von der Bundesregierung geprüft worden; das Ergebnis seien genau die zwei Modelle, die das BML nun zur Diskussion stelle und mit denen sie das Ziel verfolge, die Quoten in die Hand der melkenden Betriebe zu bringen, und zwar zu möglichst geringen Kosten für die aktiven Milcherzeuger.

Beide Modelle stehen vor dem Hintergrund, daß mit den Agenda-2000-Beschlüssen der Fortbestand der Milchmengenbegrenzung bis zum Jahr 2008 festgesetzt ist. Ob die Begrenzung danach fällt, ist offen; eventuell wird das auf einer Halbzeitbetrachtung 2004/5 festgelegt. Neben dieser Voraussetzung haben beide Bonner Modelle einige gemeinsame Elemente: Zum 1.4.2000 wird die Flächenbindung der Quote aufgehoben. Die freie Handelbarkeit direkt zwischen Betrieben wird zum 1.4.2000 untersagt, ausgenommen sind bestehende Pachtverträge bis zum Jahr 2003.

Lieferrechtsmodell

Das Lieferrechtsmodell sieht vor, daß Lieferrechte aus auslaufenden Pachtverträgen und von Milcherzeugern, die die Milchkühe abschaffen, in regionale Pools (15 Länderpools in staatlicher Verwaltung) übergehen und von da wieder verteilt werden. In einer Übergangszeit bis 2003 wird dabei für die in den Pool fallenden Lieferrechte eine Entschädigung gezahlt. Sie soll am Beginn der Regelung etwa halb so hoch sein wie kurz vorher Quoten am Markt gehandelt werden (halber Marktwert; das BML rechnet intern mit 80 Pf Entschädigung/kg). Die Entschädigung soll in drei Schritten auf Null abgesenkt werden, so daß ab April 2003 aufgegebene Lieferrechte kostenlos in den Pool wandern – und ab dann auch kostenlos verteilt werden.

In den ersten drei Jahren allerdings müssen diejenigen, die Lieferrechte aus dem Pool erhalten wollen, eine Vergütung in Höhe der genannten Entschädigung zahlen. Die bisherigen Pächter erhalten ein „Vorkaufsrecht“. Der Rest wird, so Dr. Kloos, zum Teil linear auf alle Milcherzeuger und zum anderen Teil nach „objektiven Kriterien“ und nach Vorlage von Betriebs-Entwicklungsplänen verteilt.

Ausgenommen werden sollen bei diesem – wie auch beim Börsenmodell – die Quoten von Betrieben im Generationswechsel oder bei Übergang ganzer Betrieb.

Börsenmodell

Im Gegensatz zum Lieferrechtsmodell läßt das Börsenmodell weiterhin einen Verkauf/Kauf von Quoten zu (keine Verpachtung), allerdings nur indirekt über eine von 15 regionalen Börsen. Abgebende Betriebe gehen mit Forderungen, kaufwillige mit Angeboten an ihre Börse. Aus Forderungen und Angeboten wird ein Gleichgewichtspreis ermittelt. Ein Verkäufer darf den Verkauf zu diesem Preis höchstens zweimal ablehnen und bekommt jedesmal einen Teil seiner Quote vom Staat abgezogen (z.B. 20 %). Das soll die Forderungen der Verkäufer drosseln und sie zum Verkauf drängen. Bestehende Pachtverträge können weiterlaufen; beim Auslaufen müssen die Verpächter an die Börse gehen.

Das BML geht davon aus, daß das Lieferrechtsmodell die Quotenkosten stärker senkt als das Börsenmodell. Beim Lieferrechtsmodell sei aber viel schlechter abzuschätzen, wieviel Lieferrechte in den Pool fallen werden, denn „die Bauern sind sehr findig, das Modell zu umgehen“, so eine Mitarbeiterin im BML. *uj*

Seit vier Jahren lebe und arbeite ich auf dem Schepershof und betreue dort die Milchviehherde und Milchverarbeitung. Der Schepershof ist ein Demeter-Betrieb, der dementsprechend in Anbau und Tierhaltung sehr vielfältig ist. Neben der landwirtschaftlichen Urproduktion haben die Weiterverarbeitung (Milch, Fleisch) sowie die Direktvermarktung über den hofeigenen Laden eine sehr große

Betriebsspiegel:

Im Windrather Tal bei Wuppertal, LN: 46 ha davon: Grünland: 24 ha, Ackerbau: 22 ha, Feingemüse: 2 ha, 22 Milchkühe + Nachzucht, Schweine, Hühner etc., Weiterverarbeitung im Bereich Milch und Fleisch, Direktvermarktung, Betriebsform: Träger des Hofes ist der Schepershof e. V., Mitglieder der Betriebsgemeinschaft: 10 Personen sowie ständig zwei Auszubildende und einen Praktikanten

Bedeutung. Diese Vielfältigkeit ist deshalb möglich, weil wir den Hof als Betriebsgemeinschaft bewirtschaften, wobei die verschiedenen Bereiche jeweils von einer Person verantwortlich betreut werden. Träger des Hofes ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Anliegen die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise ist, aber auch in und mit der Landwirtschaft pädagogisch und therapeutisch tätig zu sein. Im Umfeld des Hofes unterstützen 40 Personen den Betrieb praktisch oder auch finanziell.

Unsere Milchviehherde besteht z.Z. aus 21 Milchkühen sowie 30 Jung- bzw. Masttieren. Wir stehen vor dem Problem, daß der bisherige Stall den Bedürfnissen der Tiere und den geänderten Arbeitsbedingungen nicht mehr gerecht wird. In dem Anbindestall sind die Standfläche für die inzwi-

schon größeren Kühe und der Raum für die gewachsene Herde nicht mehr ausreichend. Bereits vor vier Jahren wurde deshalb mit der Planung eines neuen Kuhstalles begonnen.

Aufgrund der Betriebsstruktur mit Betriebsgemeinschaft und gemeinnützigem Verein als Träger des Hofes ergeben sich auch in der Planung besondere Bedingungen. Da ich für den Stallbereich verantwortlich bin, war es zunächst meine Aufgabe, ein erstes Konzept zu entwickeln, das meinen Ansprüchen wird. Im Kreis der Betriebsgemeinschaft wurde dies dann besprochen, und von den anderen wurden weitere Aspekte eingebracht, die sich aus deren persönlichen Bedürfnissen, vor allem aber aus ihren Arbeitsbereichen ergeben (z.B. war es für den Ackerbauern auf dem Hof wichtig, auch weiterhin Festmist und keine

Gülle für die Düngung der Flächen zu Verfügung zu haben). Diese ständige Rücksprache mit den anderen Mitgliedern der Gemeinschaft benötigte sehr viel Zeit. Auf der anderen Seite bringt auch jeder einzelne eine Menge an Erfahrung mit, hat seinen Verantwortungsbereich vor Augen, wodurch letztlich das Projekt wesentlich durchdachter und die Gesamtentwicklung des Betriebes stärker berücksichtigt wird, als es von einer Person alleine geleistet werden könnte. Parallel zu diesem Konzeptentwurf habe ich bereits erste Angebote von Firmen und einem Architekten eingeholt. Ein Problem in der Realisierung des Stallbaus ergibt sich aus der recht kleinen Milchviehherde, die aufgrund der begrenzten Futterfläche und der Direktvermarktung der Milch nicht ohne weiteres vergrößert werden kann. Dadurch sind die Kosten je entstehendem Kuhplatz sehr hoch, ohne daß sich durch diese Investition nennenswerte Mehreinnahmen ergeben würden. Ein bereits mit einem Architekten entwickeltes Konzept mußte zwischenzeitlich aus diesem Grund wieder verworfen werden. Anfang des Jahres hatten wir dann ein Konzept soweit erarbeitet, das von allen aus der Betriebsgemeinschaft mit getragen werden konnte. Im Initiativkreis des Schepershof-Vereins ist dies ebenfalls positiv aufgenommen worden. Demnächst erfolgt ein Treffen, zu dem alle Vereinsmitglieder und Freunde des Hofes eingeladen sind, um das Stallprojekt vorzustellen und zu überlegen, inwiefern jeder einzelne an der Realisierung mitmachen kann. Der Baubeginn liegt jetzt für diesen Sommer fest und wir hoffen, bis zur Aufstellung mit den wesentlichem Arbeiten fertig zu sein.

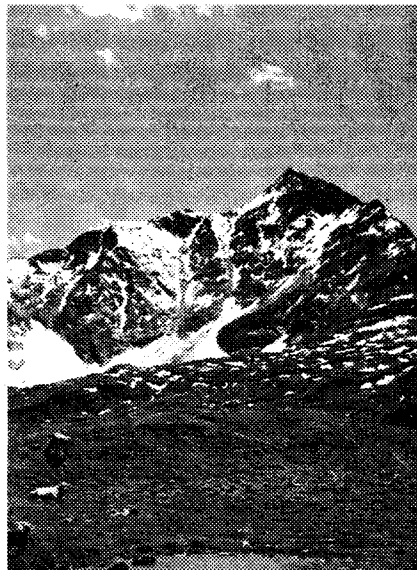
Ludger Weiligmann

Kuhstallplanung

Unser Hof liegt weit hinten im Tal, hoch droben auf fast 1.700 Meter im Ventertal der Ötztaler Alpen, umgeben von Lawinen und Felsen. Seit fast zehn Jahren wohnen wir hier und bewirtschaften, was mühsam und beschwerlich durch Jahrhunderte den Steilhängen, den Lawenstriche, der rauhen Natur abgerungen wurde. Sohn Wolfgang wartet noch immer auf eine Frau. Der Altbauer Hans ist – wie alle Bauern im Tal und auch Wolfgang – nur Bauer im Nebenerwerb. Als Schriftsteller, Volkskundler und Kulturforscher verbringe ich mehr Zeit auf dem Hof als viele Nachbarn.

Die Hälfte der Wiesen, alle steil und mit Steinen durchsetzt, müssen sehr mühsam von Hand gemäht werden und etwa 800 bis 1.000 Kilogramm Heu müssen aus den Steilhängen und von den Bergwiesen auf dem Kopf getragen werden. Von ungefähr 25. Juni bis Mitte September wird ununterbrochen gemäht und Heu getragen. Die Gülle wird in einer ca. 32 Kubikmeter fassenden Betonwanne, die komplett und von außen nicht sichtbar ist, gesammelt, mit Wasser verdünnt und zweimal im Jahr von der Straße aus und mit lange Schläuchen ausgebracht.

Wir melken eine Kuh, halten zwischen acht und vierzehn Schafe, eine oder fallweise einige Ziegen, auch zum Melken. Die Kuh-Milch verarbeiten wir zu Butter, während die Ziegenmilch – falls vorhanden – entweder für den Kaffee oder für Weichkäse verwendet wird. Gebuttert wird mit dem alten Stoßbutterfaß. Heu getragen wird mit dem „Ferggl“, einem uralten



Bergbauernförderung?

und nur in diesem Teil der Alpen erhaltenen Gerät aus einer natürlichen Holzgabel uns spezieller Binde- und Tragtechnik. Überhaupt hat sich in Fragmenten Ältestes erhalten. Rundherum und innen arbeiten und leben die Bauern modern, mit Auto, Fernsehen und alles ist selbstverständlich. In manchen Jahren halten wir ein Schwein. Soviel als möglich wird zum echten „Tiroler“ Speck. Ein Teil davon wird, ebenso wie Lämmer oder Kitzelein, direkt vermarktet. Und was das alles bringt? Viel, viel Arbeit und kaum Erträge. Aber wir haben hohe und allerhöchste Lebens-Qualität. Der Hof bringt uns kaum 2.000 DM (14.000 Schilling) pro Jahr. Und die ganze „Bergbauern“-Förderung aus

Mitteln des Landes, des Staates und der EU aus Brüssel bringt, alles zusammen, kaum 10.000 DM (70.000 Schilling) pro Jahr. Was bringt uns der Tourismus? Weil unter unserem Hof die Straße ein Steilstück überwinden muß, wird mit Rücksicht auf die Touristen in ungeheurer Menge Salz gestreut und werden riesige Mengen Kiesel ausgebreitet... und dann kommt der Schneeflug, schleudert salzverseuchten und kieshaltigen Schnee weitem in unsere Felder. Das ist manchmal schier zum Verzweifeln. Schließlich kommen in manchen Wintern die Lawinen. Dann heißt es im Frühjahr Bäume, Äste, Steine usw. aus dem Feld räumen. Einmal haben Wolfgang und ich zusammen vierzehn Tage benötigt,

Betriebsspiegel:

2,75 ha Grünland
Anteile an Gemeinschafts-Heimweide und Besitzanteil 1/24 an Almen
1 Kuh, manchmal ein Kalb
8-12 braune Bergschafe
1-3 Ziegen
Hofstelle auf 1680 m im Ötztal
Altbauern Hans sowie Sohn und Hofbesitzer Wolfgang machen den Hof, Wolfgang arbeitet vorübergehend beim Skilift in Obergurgl. An den Wochenenden kommt die Frau von Hans, sie hilft vor allem im Sommer.

um das Feld zu räumen, kaputte Zäune wieder aufzurichten. Dafür gab es von der Bezirks-Bauernkammer knapp und erbärmlich kaum 600 DM (4.200 Schilling). Bergbauernförderung?
Hans Haid

Öko im Zug

Seit Oktober 1998 gibt es in den Bistros schwedischer Eisenbahnen mindestens ein Öko-Gericht, ebenso in den Restaurants der großen Bahnhöfe. Pro Monat werden so nach Angaben der Branchenzeitschrift Schrot und Korn special mindestens 19.000 Mahlzeiten serviert. en

Region gegen Metro-Einheits Sortiment

Nachdem der Metro-Handelskonzern kürzlich die südwestdeutsche Handelskette Kriegbaum geschluckt hatte, sieht er sich nun massiven Protesten der Kunden ausgesetzt. Wie die Lebensmittelzeitung meldet, hat das Verschwinden von Produkten regionaler Hersteller aus den Regalen bei den Verbrauchern und in der Presse „regelrechte Proteststürme“ ausgelöst. Vergeblich suchen regional- und markenbewußte Käufer in den neuen metro-eigenen Geschäften etwa nach Württemberger Wein oder Südmilch in der Glasflasche. Sprecher der Metro erklärten, sie hätten die Brisanz der Auslistung regionaler Produkte nicht erkannt, man wolle künftig regionale Produkte im Sortiment behalten. en

Kornkammer Ukraine als Gen-Labor

Die Gentechniker treibt es seit einiger Zeit in die Ukraine. In dieser „verarmten Kornkammer Europas“, so das Handelsblatt, finden Konzerne wie Monsanto einen „rechtsfreien Raum“ für ihre Gentechnik-Versuche.

Die Zeitung berichtet in diesem Zusammenhang von einer „strategischen Partnerschaft“ des „Instituts für Mikrobiologie und Virusologie“/Kiew mit dem Agrarchemie-Hersteller Monsanto: Protegiert von der US-Regierung gehöre dieser Konzern längst zu den Großinvestoren der Ukraine, mehrere Tausend Hektar Ackerland soll das Unternehmen dort gepachtet haben. Gemeinsam mit der kanadischen Firma „Solanum Prince Edward Island Inc.“ stellte Monsanto kürzlich in Kiew seine Gentec-Kartoffel „New Leaf“ vor, die in zweijährigen Feldversuchen in der Ukraine erprobt wurde. Ein eingebautes Gen vom Bacillus thuringiensis produziert ein Eiweiß, das in Kartoffelkäfern der Verdauungstrakt zersetzt. Bei Menschen, so verspricht man, erwarte man keine Nebenwirkungen, lediglich bei Überdosis-Versuchen habe es „leichte Fälle von Allergie und Ruhr“ gegeben. Noch muß Monsanto seine Gentec-Kartoffel für den Handel lizensieren lassen. Auch hier hofft man offenbar auf den rechtsfreien Raum in der Ukraine, wo die Zulassung zwar dauern könne, aber kaum aufzuhalten sei. en

Lügen für Konzerninteressen

Die Gentechnik-Firma AgrEvo arbeitet bei der Durchsetzung der Freisetzungsversuche mit genmanipulierten, herbizidresistenten Zuckerrüben in den Landkreisen Göttingen und Norheim mit äußerst fragwürdigen Methoden. Der Arbeitskreis gegen Gentechnologie Göttingen, ein regionaler Zusammenschluß von kritischen WissenschaftlerInnen, kritisierte die Genehmigung der Versuche ohne Beteiligung und Einspruchsmöglichkeit der BürgerInnen vor Ort. Um beim Amtsgericht in Göttingen eine einstweilige Verfügung gegen die Ackerbesetzung im letzten Jahr in Obernjesa zu erwirken, gab der Projektleiter der AgrEvo, Hermann Harms, eine eidesstattliche Falschaussage zu Protokoll. Während die Besetzung fast zwei Wochen unbehelligt von der AgrEvo verlief, versuchte Harms hingegen vor Gericht den Eindruck zu erwecken, umgehend rechtliche Schritte unternommen zu haben. Mehreren Personen wird zudem fälschlicherweise eine Beteiligung an der Besetzung unterstellt. Gegen Harms liegt inzwischen Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Göttingen vor. pm

Totgesagter Nationalpark lebt länger

Gerichten wie BewohnerInnen bleibt der Nationalpark Elbtalau nun doch erst einmal erhalten. Wider Erwarten hat der niedersächsische Umweltminister Jüttner (SPD) wenige Tage vor Ablauf der Einspruchsfrist Nichtzulassungsbeschwerde gegen das – den Nationalpark für unrechtmäßig erklärende – Urteil des Lüneburger Oberverwaltungsgericht eingelegt. Jüttner, der mehrfach betont hatte, kein Interesse an einer weiteren gerichtlichen Auseinandersetzung zu haben, sondern die übrigen Nationalparke lieber politisch durch entsprechende Gesetzesänderungen absichern wollte, wurde von der Umweltministerkonferenz zu diesem Schritt gedrängt. Das nun zuständige Bundesverwaltungsgericht in Berlin wird sich voraussichtlich erst im nächsten Jahr mit der Sache beschäftigen können, bis dahin, so die Kalkulation der Umweltminister, wird die Rechtsgrundlage des Lüneburger Urteils durch die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes überholt sein. pm

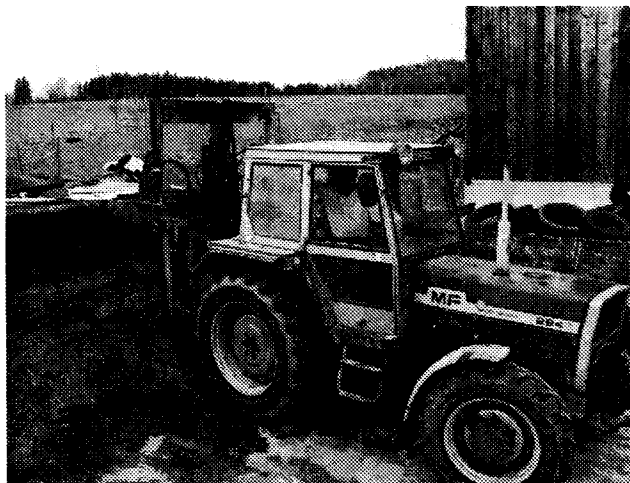
Ökolandbau spart Energie aufgrund lokaler Futterbasis

Die konventionelle Landwirtschaft könnte das auch, so eine unveröffentlichte Studie der FAL

Nach einer Studie der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) verbraucht der Ökolandbau für die Erzeugung einer Tonne Schweinefleisch nur 66 % der Primärenergie des durchschnittlichen konventionellen Betriebs. Bei der Milch liegt der Energieverbrauch bei 54 %. Dieser Unterschied liegt für die Autoren vor allem darin begründet, daß der Ökolandbau weitgehend hofeigenes Futter verwendet. Die konventionelle Landwirtschaft könnte so energiesparend arbeiten wie der

beitet. Der Vergleich ergab, daß die optimierte Variante pro Tonne Getreide Getreide nur 60 % des Energieeinsatzes der konventionellen Variante benötigt. Damit steht die dünger-optimierte Variante bezüglich des Energieaufwandes sogar noch günstiger dar als der ökologische Getreidebau.

Zu ähnlichen Ergebnissen wie bezüglich des Primärenergieeinsatzes kommt die Studie auch in Bezug auf die Schadgasemissionen CO₂, Methan, Lachgas und Ammoniak.



Im Futter steckt viel Energie ...

Ökolandbau, wenn sie die zunehmende Aufteilung in Pflanzenbau und Tierproduktion nicht weiter verfolgen, sondern umkehren würde. Eine Tierproduktion auf Basis hofeigener oder lokaler Futterproduktion könnte den Energieverbrauch enorm senken, denn besonders energieaufwendig ist die industrielle Kraftfutterproduktion auf Grundlage von Importfuttermitteln.

Zu entsprechenden Ergebnis kommt die Studie auch im pflanzlichen Bereich. Danach hat der ökologische Landbau auch im Pflanzenbau einen weit geringeren Primärenergieeinsatz (34 %) als ein konventioneller Landbau, der allein mineralisch düngt. Die Forschungsgruppe der FAL hat errechnet, daß der Ökolandbau pro Tonne Getreide (Durchschnitt von Winterweizen, -gerste und -roggen) nur 66 % der Primärenergie des konventionellen Landbau mit allein mineralischer Düngung benötigt.

Um zu untersuchen, welche Einsparpotentiale denn der konventionelle Landbau hat, stellten die Wissenschaftler der konventionellen Variante auf Mineraldüngerbasis noch eine Variante bei, die auf einer optimalen Kombination von mineralischen und Wirtschaftsdüngern ar-

Veröffentlichung wann?

Die Studie, die der Bauernstimme in Teilen vorliegt (dank Greenpeace), ist vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) 1997 in Auftrag gegeben und von einer interdisziplinäre Forschungsgruppe der FAL erarbeitet worden. Derzeit gibt Dr. Otto Heinemeyer, Mitarbeiter am FAL-Institut für Agrarökologie, dem Werk den letzten Schliff. Er arbei-

tet sich an den etlichen Einwendungen ab, die von den verschiedenen Ressorts des Auftraggebers BML abgegeben worden sind. Viel Kritik scheint dabei an den Aussagen der Arbeit zum Punkt Futtermittel geäußert worden zu sein.

Dr. Heinemeyer wies gegenüber der Bauernstimme jedoch einige der Einwendung als unhaltbar zurück und schließt in diesem Zusammenhang gewisse Interessen bestimmter Klientels nicht aus. Wie auch immer – durch diese Einwendungen ist die Veröffentlichung der Studie bisher bereits verzögert worden.

Dr. Niklas, der das Forschungsprojekt von Seiten des BML abwickelt, rechnet damit, daß die Studie nicht vor Juni dieses Jahres veröffentlicht wird. Solange würden die Überarbeitung und der Abstimmungsprozeß zwischen BML und FAL noch dauern. Daß sie dann der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird ist zu hoffen. Allerdings wäre sie nicht die erste Expertise, die nicht gedruckt wird, und es gab schon Befürchtungen, daß es dieser Studie ähnlich ergehen könnte. Schließlich werden ja die Interessen der Futtermühlen wie der chemischen Industrie berührt.



Vom „Ende der Arbeit“ ist auf den Höfen nicht viel zu merken. „Will die Arbeit denn nie enden“ beschreibt eher den Dauerzustand. Die Arbeitsbelastung ist für Bauern und Bäuerinnen ein Hauptproblem, es gilt sogar als ein Grund, der zur Hofaufgabe animiert. Arbeit gibt es also genug. Wie aber kommen Überlastung und wachsende Arbeitslosigkeit zum Ausgleich?

„Mehr Arbeit aufs Land“ ist noch äußerst unpopulär in unserer Gesellschaft, in der Dienstleistung, Informations- und Kommunikationstechnologien zum Maßstab werden – alles andere, nur nicht handwerklich bäuerliche Arbeit. Andererseits zieht eine Landwirtschaft, die menschliche Arbeit immer weiter ersetzt, Folgen nach sich, die die Gesellschaft auch nicht will.

Wie raus aus dieser Falle? Ein Intensives Nachdenken über das Verhältnis der Gesellschaft zur Landwirtschaft, zur Art und Weise, wie arbeitsintensiv, wie umwelt- und tierschonend die Lebensmittel erzeugt werden, könnte helfen. Und gleichzeitig ein Vormachen in verschiedenen Projekten, die die Arbeit auf den Höfen anpacken. Die Arbeitsverwaltung kann und muß dazu ihren Beitrag leisten.

Mehr Arbeit aufs Land

Die Diskussion der Arbeit und Arbeitsbelastung in der Landwirtschaft bietet auch Chancen

Die Arbeitsbelastung der bäuerlichen Familien ist heute eines der wichtigsten Probleme in der Landwirtschaft. Quer durch die verschiedenen Betriebsformen wird an dieser Belastung gelitten. Die Unzufriedenheit damit ist oft noch schlimmer als die über das schlechte Einkommen. Der kulturelle Bruch zu einer städtisch geprägten Gesellschaft wird bei den Arbeits- und Lebensbedingungen am schmerzlichsten erfahren.

Die Arbeitsbelastung ist deshalb neben den ökonomischen Gründen ein wesentlicher Grund für die Hofaufgabe. Sie führt zur Spezialisierung auf wenige Betriebszweige und zu Investitionen (größere Maschinen, Stallbau), die bessere Arbeitsbedingungen versprechen. Auch bei Bio-Höfen ist die Arbeitsbelastung der wichtigste Grund für die Zurücknahme betrieblicher Vielfalt. Milchviehhaltung, Gemüseanbau, Direktvermarktung, Weiterverarbeitung werden oft wegen Überlastung der Familie aufgegeben.

Doch der Versuch zur Entlastung durch erhöhten Einsatz von Kapital, hat oft neue Belastungen der Familien und ökologische Probleme hervorgebracht. Eine Landwirtschaft auf Dauer ist deshalb nicht denkbar ohne Verringerung der Arbeitsbelastung und eine Vermehrung der Arbeitsplätze in der

Landwirtschaft. Sonst laufen die Menschen der Landwirtschaft davon.

Gegen den Strom der Zeit?

Mehr Arbeit aufs Land, mehr Arbeitskräfte in die Landwirtschaft – wer das ausspricht, muß mit Verwunderung rechnen. Zum einen erinnert das an glücklich überwundene Zeiten (Arbeitsdienst), zum anderen hört sich das romantisch an in einer Gesellschaft, die sich als „postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft“ versteht. Was soll die Erhaltung, oder gar die Vermehrung von handwerklich bäuerlicher Arbeit in einer Situation, in der behauptet wird, daß die industrielle Produktion zurücktritt, eine Dienstleistungsgesellschaft entsteht und Wissenschaft zur wesentlichen Grundlage des gesellschaftlichen Reichtums wird? Natur (Boden, Wasser), Materie, Energie erscheinen heute als die Ressourcen untergehender vorindustrieller und industrieller Gesellschaften. Daten, Wissen, Kommunikation werden die zukünftige Gesellschaft prägen. Diese Diagnose beherrscht viele Zukunftsstrategien.

Dabei ist das Konzept einer „postindustriellen Gesellschaft“ schon alsbald nach seiner Formulierung Ende der 60er Jahre heftig kritisiert worden. In der Landwirtschaft kann man ablesen, daß diese Kritik sich bewahrheitet hat.

Der vermehrte Einsatz von Wissenschaft und Informationstechnologien in der Landwirtschaft (Gentechnik, Chemie in der Tierhaltung, Satelliten/computergesteuerter Pflanzenbau z.B.) ist ein deutliches Beispiel. Hier beginnt keine neue postindustrielle Epoche, sondern die Probleme der Industrialisierung der Landwirtschaft setzen sich fort und ganz neue Risiken tauchen auf.

Ein neuer Blick zurück und nach vorn

In der Landwirtschaft ist gerade die Ablösung vom Boden (z.B. in der „bodenunabhängigen Massentierhaltung“) zum Problem geworden. Der Fortschritt zeigt darin seine Schranken und macht eine erneute Überprüfung seiner Voraussetzung möglich. Ein erneuter Blick zurück zeigt, daß der Abschied von der vermeintlich „vorindustriellen Ressource“ Boden kein Automatismus war, sondern Ergebnis bewußter Anstrengungen ist. Die Unausweichlichkeit von „Wachsen oder Weichen“, der Siegeszug der modernen Landwirtschaft ist erst möglich geworden durch billige Energie, Transport und Futtermittelimporte usw. und massive Eingriffe des Staates in den Markt. Ein beträchtlicher Aufwand war und ist notwendig, um die ökonomische Vorzüglichkeit indu-

strieller Methoden in der Landwirtschaft hervorzubringen.

Dieser Einsatz von finanziellen Mitteln und hoheitlichen Maßnahmen beruhte lange auf einer breiten Übereinkunft in der Gesellschaft. Bis in die Nachkriegszeit war die Erfahrung von Knappheit der Lebensmittel prägend. Angesichts der aktuellen öffentlichen Diskussion über die Kosten der Nahrungsmittelüberschüsse, der Nahrungsmittelskandale und der negativen Umweltwirkungen moderner Produktionsverfahren usw. verliert diese Übereinkunft heute ihre Grundlagen. Es kann und muß heute neu nachgedacht werden.

Nötig ist nicht Ablösung von Natur, Boden, Materie, sondern ein anderer Umgang mit dem Boden. Das erfordert neue Übereinkünfte zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft darüber, wie Lebensmittel erzeugt und bezahlt werden und wieviel Arbeitskraft und Kapital eingesetzt werden sollen. Das kann nicht Aufgabe der Agrarpolitik allein sein. Deshalb wird an verschiedenen Orten über einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ nachgedacht, in der sich die Gesellschaft auf ein neues Verhältnis zwischen Stadt und Land einigt. Der vermehrte Einsatz menschlicher Arbeitskraft in der Landwirtschaft wird dazu nötig sein.

Götz Schmidt

Ein Wandel in der Arbeitsverwaltung

Auf den Ämtern wird nun auch im grünen Arbeitsmarkt agiert

Die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft war bis vor ein paar Jahren kein Thema in der Arbeitsverwaltung. Die aus der Landwirtschaft ausscheidenden Bauern und Bäuerinnen wurden beraten, umgeschult oder in die gewerbliche Wirtschaft vermittelt. Landwirtschaft spielte auf dem Arbeitsmarkt keine Rolle. Der Bedarf an Saisonarbeitskräften wurde bis Mitte der 80er Jahre vor allem von Frauen aus der Nachkriegsgeneration abgedeckt.

Mit der stetigen Ausweitung der Flächen für Sonderkulturen im Obst- und Gemüsebereich wuchs der Bedarf an Saisonarbeitskräften. Es standen nicht mehr genügend Frauen für die Feldarbeit zur Verfügung, weil sie sich andere Erwerbsmöglichkeiten gesucht haben. Die Arbeit in der Landwirtschaft verlor auch bei den Männern an Attraktivität. In der Folge meldeten immer mehr landwirtschaftliche Betriebe einen Bedarf bei den Arbeitsämtern nach Saisonkräften an.

Die Zahl der osteuropäischen Saisonkräfte vor allem aus Polen stieg seit

Anfang der 90er Jahre von circa 10.000 auf über 200.000 an. Gleichzeitig verminderte sich die Zahl der Dauerarbeitsplätze im Bereich der Landwirtschaft in den Altbundesländern um 30.000 auf heute gut 40.000 Arbeitsplätze. Diese Entwicklung zeigt, daß Dauerarbeitsplätze durch saisonale Beschäftigungsverhältnisse ersetzt worden sind.

„Strafkolonie Spargelfeld“

Angesichts der schwierigen Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt konnte die Arbeitsverwaltung den Saisonbereich in der Landwirtschaft nicht mehr außen vor lassen. Statt weiter „resignativ“ Arbeitserlaubnisse für zusätzliche Arbeitnehmer aus dem Ausland zu erteilen, wie es in einem Schreiben des Bundesarbeitsministeriums heißt, ist es vor dem Hintergrund von über vier Millionen Arbeitslosen geboten, „auch die in den Saisonbereichen bestehenden Arbeitsplätze soweit wie möglich für die Beschäftigung der Arbeitslosen zu nutzen.“

Da alle Appelle der Arbeitsverwaltung an die Arbeitslosen, sich freiwillig zum Obst pflücken oder Spargel stechen zu melden, nicht fruchteten, beschloß 1997 die alte Bundesregierung den sogenannten Blümlerlaß. Durch Vorgabe einer Quote sollten 10 % der Saisonarbeitskräfte bezogen auf das Jahr 1996 „arbeitslose Inländer“ sein. Dieser von oben verordnete Arbeitseinsatz von Arbeitslosen u. a. im Spargelanbau hat in vielen Fällen nicht geklappt. „Strafkolonie Spargelfeld“ kommentierte die Berliner TAZ.

Doch die Arbeitsverwaltung setzt auch andere Instrumente ein, um Arbeitslose in Beschäftigung zu bringen. Bundesweit wurden 1998 Beschäftigungsgesellschaften gegründet, die aus Mitteln des Förderprogramms „Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik“ des Bundesarbeitsministeriums finanziert werden. Ziel der Arbeit dieser Gesellschaften ist es, für die

Land- und Forstwirtschaft sowie den Gartenbau Arbeitskräfte aus dem Reservoir der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger zu rekrutieren. Die niedrigen Tariflöhne wurden durch eine Arbeitnehmerhilfe vom Arbeitsamt in Höhe von 25 DM pro Tag aufge bessert.

Statt viel Geld für Nichtstun auszugeben, will die Arbeitsverwaltung in Zukunft finanzielle Anreize für tatsächliche Arbeit geben. Das dieser Weg richtig ist, zeigt die überwiegend positive Bilanz der Beschäftigung von inländischen Erntehelfern in Ostdeutschland. Dort stellte die Arbeitnehmerhilfe einen höheren Anreiz dar als in Westdeutschland. 25 DM pro Tag vom Arbeitsamt sind ein Anfang und ein Schritt in Richtung Kombilohn, der gerade im Niedriglohnsektor zu einer besseren Bezahlung der Arbeit in der Landwirtschaft führen kann. *eh*

Beschäftigungsgesellschaft fürs Land

Vor gut einem Jahr wurde in Griesheim in Südhessen die Beschäftigungsgesellschaft für ländliche Räume mbH (BLR) ins Leben gerufen. Die BLR entstand aus der Zusammenarbeit des Arbeitsamtes in Darmstadt mit zahlreichen berufsständischen Verbänden der Region. Ziel des gemeinsamen Projektes ist es, eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch die vermehrte Vermittlung von inländischen Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängern in Beschäftigungsverhältnisse der gesamten grünen Berufe zu vermitteln.

Die BLR hat sich zu einer Schaltstelle zwischen Verbänden, Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Arbeitsämtern, Sozialämtern und Schulen entwickelt. Aufgabe ist nicht nur die Vermittlung von Arbeitsuchenden zur Saisonarbeit in Landwirtschaft und Gartenbau, sondern auch die in feste Arbeitsplätze. Dazu bildet die BLR Bewerberpools mit Arbeitslosen, die sich vorstellen können, im grünen Bereich zu arbeiten. Die BLR bietet Trainings- und Qualifizierungsprogramme an.

In einer 12-wöchigen Bildungsmaßnahme können sich die Arbeitslosen

einen Überblick der grünen Berufe verschaffen und z. B. einen Gabelstaplerführerschein erwerben. In Praktika werden sie in dieser Zeit nach ihren Neigungen auf den Betrieben verteilt. Bei Bedarf werden einzelne für die entsprechende berufliche Anforderung weiterqualifiziert. Durch diese vorbereitenden Maßnahmen konnte eine Eingliederungsquote von 35 % in befristete und unbefristete Arbeitsverhältnisse erreicht werden.

In Zusammenarbeit mit der Landvolk-hochschule und landwirtschaftlichen Betrieben erhalten arbeitslose Jugendliche im Rahmen des neuen Sofortprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit der Bundesregierung eine landwirtschaftliche Grundausbildung, die den Berufskennnissen des Landwirts im ersten Ausbildungsjahres gleichzusetzen ist. Mit dieser Grundqualifikation können die Jugendlichen entweder ihre Ausbildung beenden oder eine andere Arbeit im grünen Bereich finden.

BLR, Pfützenstr. 67, 64347 Griesheim, Tel: 06155/2020



Vorankündigung

Evangelische Jugend auf dem Land/ ABL/ INFES/ AG Ländliche Entwicklung:

Tagung: Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum – Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze.

24./25. September 1999

Jugendgästehaus Kassel

Programm

Debatte um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, Ansätze zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Landwirtschaft

Workshops zu:

1. Neue Arbeit auf dem Lande
2. Zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft durch Tarifverhandlungen und Arbeitsverwaltung
3. Nachhaltige Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze – Das Beispiel Ökolandbau, tiergerechte Haltungsformen.

Infos: ABL-Bundesgeschäftsstelle, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück ☎ 05242/48476

Stichwort Schweineprojekt

Unter dem Stichwort „Schweineprojekt“ läuft in Brandenburg im Landkreis Uckermark eine Beschäftigungsinitiative, mit der für ein Jahr lang Arbeitskräfte auf landwirtschaftlichen Betrieben finanziert werden. Hierbei handelt es sich um sog. SAM-Stellen (Strukturanpassungsmaßnahmen), mit denen Arbeiten zur Verbesserung der Umwelt gefördert werden. Schwerpunkt der Arbeit liegt im Abriß nicht genutzter Gebäude, der Entkernung alter Ställe, Flächenentsiegelungs- oder Renaturierungsmaßnahmen. Neubau- oder Modernisierungsarbeiten dürfen nicht getätigt werden. Die Nachfrage ist sehr groß. Mittlerweile läuft der 4. Durchgang mit 45 Betrieben und 186 Beschäftigten. Ein weiterer Durchgang ist geplant mit 32 Betrieben und ca 150 Beschäftigten. Arbeitgeber sind nicht die Betriebe, sondern der Verein „Ländliche Arbeitsförderung, Prenzlau e. V.“, der Kooperationsverträge mit den einzelnen Betrieben abschließt.

Der Landkreis Uckermark ist ein sehr strukturschwacher, extrem dünn besiedelter Landkreis mit einer offiziellen Arbeitslosenquote von 20%, die ohne derartige Beschäftigungspro-

gramme noch wesentlich höher wäre. Über das „Schweineprojekt“ wird aber nur in Ausnahmefällen ein Dauerarbeitsplatz geschaffen, indem ein Betrieb einen Arbeiter übernimmt. Man hofft, daß mit den Abrißmaßnahmen die Grundlage für Neubaumaßnahmen und betriebliche Umstrukturierungen geschaffen wird, die wiederum Arbeit bringen. Es besteht aber auch die Gefahr, daß diese Arbeiten die Grundlage für Rationalisierungen bilden, mit denen letztlich eher Arbeitsplätze abgebaut werden. as



Einer für zehn

Seit 17 Jahren existiert im westlichen Niedersachsen ein privater Betriebshilfsdienst. Zehn landwirtschaftliche Betriebe (ursprünglich waren es 13, einer davon hat ganz aufgehört; zwei hatten aufgrund innerbetrieblicher Umstrukturierungen keinen Bedarf mehr an zusätzlicher Arbeitskraft) beschäftigen gemeinsam einen ausgebildeten Landwirt innerhalb eines von ihnen gegründeten Vereins. Jeder der zehn, von denen ursprünglich die meisten – heute noch die Hälfte Milchviehhaltung haben, bezahlt einen Grundbetrag von jährlich 400 DM und außerdem für die Stunden, die der Betriebshelfer tatsächlich auf dem eigenen Hof gearbeitet hat. Im Frühjahr

und Herbst treffen sich alle und planen gemeinsam den Einsatz im nächsten halben Jahr. Bei Krankheit und Unfall kann der Plan geändert werden, Hilfeleistungen in solchen Fällen stehen prioritär vor Urlaubsvertretung u. ä. Aufgrund der Fördersituation in Niedersachsen bekommt der Verein einen Zuschuß von 3 DM/Std. bei max. 8 Std./Tag vom Land. Der Betriebshelfer wird nach Tarif bezahlt und bekommt Weihnachtsgeld und Kilometergeld extra. Er wohnt auf keinem der Höfe, seine weiteste Anfahrt sind rund 14 km. Als neutrale Person für die Abrechnung zwischen Betrieben und Helfer sowie zur Schlichtung eventueller Schwierigkeiten (in der Funktion wurde er allerdings noch nicht gebraucht) konnte der Ringleiter des örtlichen Beratungsrings gewonnen werden. Durch die kontinuierliche Beschäftigung ein und derselben Person das ganze Jahr hindurch auf einer begrenzten Anzahl von Höfen, kennen und vertrauen sich beide Seiten. Der Zwang zu einer gezielteren Organisation der eigenen Arbeit bei Bäuerinnen und Bauern ist Voraussetzung bringt aber auch Vorteile – nicht nur in Sachen Urlaubsplanung.

Freizeitgesellschaft und Gummistiefel

Über die Attraktivität landwirtschaftlicher Arbeit

Je kleiner der Anteil arbeitender Menschen in der Landwirtschaft, umso fortschrittlicher ist eine Gesellschaft. Was derzeit als offizielles Bewertungskriterium für die „EU-fähigkeit“ der mittel- und osteuropäischen Länder angewendet wird, ist in den westlichen Industrieländern offenes Geheimnis. Wenn es in Veröffentlichungen um die Zukunft der Arbeit geht, gehört die Landwirtschaft zusammen mit dem Bergbau zu den austerbenden, überholten Altlasten einer anderen Zeit. Das Image landwirtschaftlicher Arbeit ist denkbar schlecht und die Wirklichkeit läßt auch oft genug zu wünschen übrig.

Während vor 20 Jahren noch in einigen Berufen mehr körperlich schwer gearbeitet wurde und die Wochenarbeitszeiten zwischen Bäuerinnen und Bauern und der arbeitenden Restgesellschaft zumindest nicht so stark auseinanderklafften, läßt sich das heutige Leitbild der sauberen Dienstleistungs- und Freizeitgesellschaft nicht mehr mit Gummistiefeln und 7-Tage-Woche in Einklang bringen. Durch die Rationalisierung sind die verbliebenen Arbeitsplätze auf den Höfen – meist sind es die der selbständigen UnternehmerIn – einsamer und die Tätigkeiten eintöniger geworden. Wo Gemeinschaftserlebnis und Abwechs-

lung früher die körperliche Schwere der Arbeit ausgleichen mußten, tun das nun meist Maschinen. Auch wahrscheinlich deshalb fällt es Bäuerinnen und Bauern heute relativ schwer, andere Menschen auf dem Hof Verantwortung übernehmen zu lassen, obwohl Arbeit genug da wäre. Natürlich können viele Betriebe keine zusätzliche Arbeitskraft bezahlen. Daß aber kaum über alternative Möglichkeiten, wie ein/e MitarbeiterIn für mehrere Betriebe nachgedacht wird, hat auch mit den Schwierigkeiten, Kompetenzen abzugeben, zu tun. Nur wenn die aber zu übernehmen sind, werden aus – für viele Menschen unattraktive – Handlangerjobs von denen in der Landwirtschaft mehr als genug in Form vom Saisonarbeitsplätzen vorhanden sind, interessante Arbeitsplätze. Das hat mindestens genau soviele mit Ar-

beitsorganisation und Lebenseinstellung zu tun, wie mit jahreszeitlichen Rhythmen. Dabei ist kaum eine Arbeit so gut geeignet, um das übernehmen von Verantwortung auch zu üben, wie der Umgang mit Tieren. Erkannt und genutzt wird das hauptsächlich in therapeutischen Einrichtungen. Dabei ist sicherlich eine der Qualitäten eigenverantwortlicher landwirtschaftlicher Arbeit die Zufriedenheit am Abend, nach dem fürsorgenden letzten Gang durch den Stall oder auch wenn man es geschafft hat, im letzten

Tageslicht gerade noch einen Acker fertig zu bestellen. Das Einhalten von bestimmten Tagesarbeitszeiten spielt eine geringere Rolle, wenn man weiß, wofür man so lange arbeitet und wenn aber auch Tage mit weniger Arbeit vorhanden sind.



Lebens- und Lerngemeinschaft Hof?

Ist es noch attraktiv für Jugendliche während der landwirtschaftlichen Ausbildung in der Bauersfamilie zu leben? Was z. B. in einem niedersächsischen Projekt als Therapie für ehemalige Drogenabhängige bewußt genutzt wird, das „gut aufgehoben sein“ in einer Familie, mag manche/n interessierte/n SchulabgängerIn (speziell aus nicht-landwirtschaftlichem Hintergrund) kalte Schauer über den Rücken jagen. Wer bestimmt, daß zur landwirtschaftlichen Ausbildung – zumindest in den alten Bundesländern – auch das Leben in der Familie gehört? Sollte man nicht auch mal an andere Möglichkeiten z. B. Unterbringung in Wohngemeinschaften oder im Bauwagen denken?

„Keine Mastanlage in Klein Laasch!“

Bürgerinitiativen gegen Schockemöhles 10.000er Schweinemastfabriken

Erklärung

Zu den verschiedenen geplanten Mast-Anlagen in Mecklenburg-Vorpommern gibt es eine gemeinsame Erklärung von Bürgerinitiativen, NABU und BUND. Darin heißt es u.a.: „Bei den geplanten Anlagen handelt es sich nicht um landwirtschaftliche Betriebe in der ländlichen Region, sondern um industrielle Schweinezucht- und -mastbetriebe ohne Flächenbindung. (...) In einem Bundesland mit derartig häufigem Auftreten der Schweinepest ist es unverantwortlich, riesige Schweinebestände an einem Ort zu konzentrieren (zumal in bekannten besonders schweinepestgefährdeten Bezirken ...)“ Kontakt: BUND Mecklenburg-Vorp., Karl-Marx-Str. 19a, 19055 Schwerin, ☎ 0385-565470

Keine Mastanlage in Klein Laasch!“ Das steht auf den großen Transparenten, die über allen Einfallstraßen des kleinen mecklenburgischen Städtchens Neustadt-Glewe aufgehängt sind. Auch mit 5.000 Plakaten in allen Ortsteilen wehrt sich eine Bürgerinitiative gegen die Pläne der „Gut Lewitz GmbH“, die am Ortsrand von Neustadt-Glewe eine ehemalige DDR-Kälber-Anlage zu einer Mastfabrik für 10.000 Schweine umbauen will.

Diese „Gut Lewitz GmbH“ gehört Paul Schockemöhle, der seit der Wende seine agrarindustriellen Aktivitäten in die neuen Bundesländer verlagert. Auf einem ehemaligen Volkseigenen Gut mit 2.400 Hektar hält er in alten DDR-Anlagen neben tausend Pferden bisher etwa 5.000 Färsen. Die Milchviehherden mit je 400 Tieren sind an zwei ausländische Farmer verpachtet. Jetzt will der Agrarindustrielle seine Anlage in Klein Laasch und außerdem seine Anlage in Fahrbinde mit je-

zen nämlich auf den Ausbau des Tourismus in der schönen Lewitz-Niederung und sehen diese Chancen, insbesondere die Pläne für den Bau eines Thermalbades, bedroht. Schockemöhle hat acht Arbeitsplätze angekündigt, der Verlust von unvergleichbar mehr Arbeitsplätzen im Tourismus steht dagegen.

Werner Richter, der Sprecher der Bürgerinitiative, sieht die erst am 24. Februar informierten Bürger zudem durch Schockemöhle getäuscht: Schockemöhle habe zwar den Bauantrag gestellt, weil die Widerspruchsmöglichkeiten gegen den Umbau seiner Alt-Anlagen weniger streng sind als bei Neubauten. In Wirklichkeit sei aber ein Holländer als wirklicher Betreiber vorgesehen – vor dem Verkauf habe man nur die Genehmigung zum vor-

fen: ob die Gutachter-Annahmen hinsichtlich der Ammoniak-Niederschläge stimmen oder „zurechtgerechnet“ wurden, ob nur 3 Hektar oder mehr Wald absterben wird, ob die gegenüber Schockemöhle ausgesprochenen Auflagen auch gegenüber dem holländischen Nachfolger gelten, ob die Verträge zwischen Schockemöhle und dem niederländischen Betreiber hinsichtlich 10 Jahre Gülleabnahme reichen.

So liegt die Entscheidung jetzt beim Staatlichen Amt für Umwelt und Natur

(StAUN) in Schwerin. Auch die neue SPD/PDS-Landesregierung setzt auf den Ausbau der nach 1989 weitgehend zusammengebrochenen Schweineproduktion in Mecklenburg-Vorpommern. Der ehemalige Landwirtschaftsminister Brick (CDU) hatte allen Gemeinden

■ ■
Das Futter aus Südafrika, der Gewinn nach Holland, und die Gülle bleibt in der Lewitz!

BI-Sprecher Richter

■ ■

die Dorf-Fördermöglichkeiten entziehen wollen, die sich der Ansiedlung von Mastanlagen widersetzen. Dieser Brick-Erlaß ist jetzt aufgehoben, an einer Liste von 30 möglichen neuen Standorten für Mastanlagen wird gearbeitet. Der jetzige Landwirtschaftsminister Backhaus (SPD) hatte als Oppositionspolitiker zugesagt, daß gegen den Willen der betroffenen Menschen keine Mastanlage in Mecklenburg-Vorpommern durchgesetzt werden sollte. An dieses Versprechen erinnert ihn jetzt ein Aktionsbündnis von 16 Initiativen, die sich in ganz Mecklenburg gegen solche Agrarindustrieanlagen wehren.

Anlagen-Gegner in Neustadt-Glewe fordern laut Schweriner Volkszeitung, das Planungs- und Genehmigungsverfahren mit sofortiger Wirkung auszusetzen und bereits begonnene Bauarbeiten einzustellen, bis eine von der Landesregierung eingesetzte Arbeitsgruppe ein Ergebnis gebracht hat. Diese von Landwirtschafts- und Umweltministerium gebildete Arbeitsgruppe soll Empfehlungen für eine art- und umweltgerechte Haltung und auch zu Anlagengröße und zur Standortwahl geben. Die Bürgerinitiative wird jedenfalls alle Mittel ausschöpfen und bleibt laut Aussage ihres Sprechers Richter fest bei ihrem Ziel: „Kein Schwein nach Klein Laasch!“

en



Für Schockemöhles Massentierhaltungs-Anlagen will in Mecklenburg-Vorpommern kein Verständnis aufkommen. Fotos: Niemann

weils 10.000 Schweinen füllen. Die Bürger fürchten massive Belästigungen durch die Gülleausbringung und durch das erhöhte Verkehrsaufkommen. Durch den Ammoniak-Ausstoß werde der angrenzende Stadtwald geschädigt, durch die Gülleausbringung würden große Vogelschutzgebiete bedroht. Neben der erdrückenden Mehrheit der Bürger vor Ort haben sich auch der Gewerbeverein, das Stadtparlament von Neustadt-Glewe und der CDU-Ortsverband eindeutig gegen die „industriemäßige Anlage“ ausgesprochen. Stadt und Region set-

zeitigen Baubeginn abgewartet. Die Ferkel sollen aus Holland importiert, die gemästeten Schweine zur Schlachtung zurück in die Niederlande transportiert werden. Also nichts von den regionalen Kreisläufen oder der regionalen Vermarktung, womit der Aufbau von Schweinemastanlagen in Mecklenburg begründet wird. Sondern vielmehr laut BI-Sprecher Richter nach dem Motto: „Das Futter aus Südafrika, der Gewinn nach Holland, und die Gülle bleibt in der Lewitz!“

Überraschenderweise wurde bekannt, daß die Stadtverwaltung – ohne Beschluß des Stadtparlaments – bereits Anfang des Jahres dem Bau der Mastanlage zugestimmt hat, ebenso der Landkreis Ludwigslust. Auch wenn der Bürgermeister damit seine Kompetenzen überschritten hätte, gilt diese Stellungnahme für einen Teil der Genehmigungen. Allerdings bleiben – auch angesichts der vorzeitigen Baugenehmigung – noch viele Fragen of-

In den letzten Jahren sind die Schlagworte 'Biologisches Saatgut' und 'Alte Sorten' mit zunehmender Geschwindigkeit einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden. Neue Möglichkeiten eröffnen sich für engagierte Menschen, in die Saatgutarbeit einzusteigen und etwas im Sinne einer vielfältigen Landwirtschaft zu bewegen. Selbst der enge, das Sortensterben begünstigende Rahmen des Saatgutverkehrsgesetzes steht jetzt entsprechend der neuen EU-Richtlinie 98/95/EG vom 1.2.1999 zur Überarbeitung an (siehe Kasten). Am 11.3. lud das Bundessortenamt (BSA), für die Saatgutgesetzgebung zuständig, zu einem Bericht über den Umgang mit der neuen Richtlinie ein. Leider hat das BSA sein Demokratiedefizit nicht überwunden und von der 'AG Inverkehrbringung von Herkunftssaatgut' auf alternativer Seite lediglich die AGÖL eingeladen. Die VertreterInnen des Ökolandbaus sind aber nur eine Interessenvertretung innerhalb der AG aus ZüchterInnen, HändlerInnen, VertreterInnen des Vereins zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt und des Forums Umwelt und Entwicklung. Gemeinsam wurde bisher aufgrund der z. T. unmittelbaren Betroffenheit durch die Restriktionen des existierenden Saatgutverkehrsgesetzes versucht, Einfluß auf dessen Überarbeitung zu nehmen. Die Durchführungsverordnung zur Richtlinie sowie die Umsetzung in nationales Recht

Dreschflegel

arbeitet seit 1990 an langjährig biologischer Sortenentwicklung verschiedenster, überwiegend gärtnerischer, Kulturpflanzen und mischt sich auf der politischen Ebene ein. Saatgut für Selbstversorgung und Direktvermarktung kommt auf direktem Weg von bäuerlich-handwerklichen Betrieben. Kontakt über Bernd Horneburg, Geismar Landstr. 25b, 37083 Göttingen.

sollten nicht ohne die Mitsprache möglichst vieler Menschen entworfen werden.

Mehrere Jahrzehnte hindurch wurde die Möglichkeit der Saatgutarbeit auf dem Hof, in der Gärtnerei und im Hausgarten nur von wenigen Pionieren und Pionierinnen praktisch demonstriert und theoretisch gefordert. Jetzt, wo diese Dürrezeit überwunden ist, kreisen schon die Geier am Himmel: Biologisches Saatgut, Alte Sorten und Regionale Spezialitäten sind zu einem expandierenden Markt geworden und ökologische und soziale Aspekte verlieren an Wichtigkeit. Davon wollen auch Unternehmen profitieren, bei denen man einen ideellen Hintergrund, der nicht Mammon

Was in jeder Packung Saatgut steckt

Aspekte einer alternativen Pflanzenzüchtung



heißt, doch eher länger suchen müßte. Ein Beispiel: Im letzten Jahr brachte die Firma Hild die erste „Bio-Hybride“ im Gemüsebereich, eine Gewächshaus-Gurke, auf den Markt. Hild ist über die niederländische Firma Nunhems wirtschaftlich mit Hoechst verwoben. Deren gemeinsames Pflanzen'schutz'unternehmen mit Schering, die Hoechst Schering AgrEvo, zeichnet derzeit verantwortlich für eine Reihe von Freisetzungsvorhaben mit gentechnisch manipulierten Zuckerrüben. Sollten diese Freisetzungen in großflächigem Anbau münden, kann in den betroffenen Gebieten aufgrund des Pollenfluges von Schossern ein unabhängiger biologischer Samenbau empfindlich getroffen werden. Die geforderte Gentechnikfreiheit könnte bei Vermehrungen von Mangold, Rote Bete, Futter- und Zuckerrübe nicht mehr garantiert werden.

Zentrale Aspekte

Es ist notwendig, die verschiedenen fachlichen und sozialen Aspekte zu kennen, die in der erworbenen Packung Saat mitschwingen. Im Folgenden sollen zentrale Aspekte einer sozial und ökologisch orientierten Saatgutarbeit, wie sie sich in der Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen herauskristallisiert haben, dargestellt werden.

Biologisches Saatgut muß entsprechend den Richtlinien der AGÖL und der EG-Verordnung über ökologischen Landbau von einer richtliniengemäß angebauten Mutterpflanze stammen. Einmalige biologische Vermehrung ist also das bescheidene Minimum; die ganze vorausgehende Züchtungsarbeit kann konventionell bleiben.

Langjährig biologische Sortenentwicklung ist die konsequente Alternative dazu: Ein 'Stamm' einer Sorte bleibt auf dem gleichen Hof und kann sich den speziellen Gegebenheiten entsprechend entwickeln. Entsprechend

chend der Intensität der züchterischen Arbeit, können neue Sorten entstehen.

Regionalbezug ist, besonders bei Gemüsen, in der konventionellen Züchtung in den seltensten Fällen gegeben. Saatgut wird in Südeuropa, Lateinamerika und Afrika vermehrt. Dort sind

die Löhne geringer und das Klima günstiger.

Anbau- und Ernährungsgewohnheiten bis hin zum Geschmack sind oft regional geprägt; natürlich muß sich das im Sortenspektrum niederschlagen. Glücklicherweise hat noch nicht in jedem Fall die Einfalt über die Vielfalt gesiegt (natürlich ist dies eine unzulässige Polemik: Die Bestrebungen, alle Lebensbereiche möglichst weitgehend zur Ware zu machen, sind keinesfalls einfältig). Eine regionale Saatgutarbeit ist für die allermeisten Kulturen machbar.

Zuchtziele unterscheiden sich erheblich. Zum Beispiel wurden bei Züchtungsinitiativen wie Dreschflegel (siehe Kasten) für viele Gemüse Methoden der Geschmacksauslese entwickelt, die in der Praxis gute Erfolge und einfache Anwendbarkeit zeigen. Von den Saatgutkonzernen angestrebte Weltsorten können speziellen Anforderungen nicht genügen.

Hybridzüchtung und als neueste Strategie die gentechnische Manipulation zur Verhinderung des Nachbaues mittels Terminator-Technologie (Infos: Gen-ethisches Netzwerk, Schönweider Str.3, 12055 Berlin) haben zum Ziel, die Verfügungsgewalt der Konzerne über unsere Ernährungsgrundlagen zu sichern.

Frei abblühende Sorten können problemlos nachgebaut werden und stehen so der Allgemeinheit zur weiteren Entwicklung zur Verfügung. Sie sind entgegen dem offensiv verbreiteten Vorurteil nicht per se leistungsschwächer; bei differenzierten Anforderungen kann das Gegenteil der Fall sein. Die Eignung für den **Freilandanbau** wird bei einer Reihe von Kulturen vernachlässigt. Dieser ressourcenschonende Anbau von z.B. Tomaten und Peperoni ist bzw. wäre auch in Norddeutschland möglich, wenn daran intensiv gearbeitet wird. Die Eignung fürs Freiland ermöglicht mehr Menschen die weitere Arbeit mit einer Sorte. Ich persönlich habe bei der Entwicklung einer vielschichtigen Saatgutarbeit die beste Erfahrung in **kollektiven, gleichberechtigten Strukturen** gemacht. Fachliches Vorgehen und organisatorische Zusammenhänge sind so zu gestalten, daß viele Menschen aktiv werden können.

Der **soziale Hintergrund** zieht sich als roter Faden durch alle der genannten Punkte. Wenn wir eine tiefgreifende Änderung der bestehenden Verhältnisse erreichen wollen, wenn wir wollen, daß weniger an der Landwirtschaft und mehr in der Landwirtschaft verdient wird, wenn wir wollen, daß eine wachsende Zahl von Menschen über Saatgut als Grundlage der Ernährung verfügen kann und sich Abhängigkeiten verringern, dann können die oben in fetten Lettern gedruckten Begriffe eine Richtschnur geben. Es werden dringend weitere tatkräftige Menschen benötigt, um die vorhandenen Möglichkeiten zu füllen!

Um einer bäuerlich-handwerklichen Orientierung mehr Gewicht zu geben und das Angebot an Saatgut zu durchschauen, ist eine Studie, die anhand der vorgeschlagenen Begriffe vorgeht, längst überfällig!

Bernd Horneburg von Dreschflegel arbeitet auf einem Demeter-Betrieb mit gärtnerischen Kulturen und Linsen-Landsorten.

Gesetzliche Änderungen

Das Saatgutverkehrsgesetz stellt hohe finanzielle und fachliche Hürden für die Sortenankennung auf. Z.B. wird der für landwirtschaftliche Arten geforderte landeskulturelle Wert einseitig als Ertragssteigerung unter den konventionellen Prüfbedingungen interpretiert. Sorten, die für kein Zuchtunternehmen betriebswirtschaftlich lohnend sind, verlieren die Anerkennung. Ohne Anerkennung kein legales 'In-Verkehr-Bringen', d. h. Abgabe an Bäuerinnen und Bauern. 1997 legte das Bundessortenamt (BSA) Vorschläge zu einer Änderung des Saatgutverkehrsgesetzes vor, die durch Einführung des Begriffs und der Kategorie des Herkunftssaatgutes eine Zulassung von nach alternativen Gesichtspunkten züchterisch bearbeiteten Sorten bzw. „Alten“, „Land-“, oder „Hof-“ Sorten ermöglichen sollten. Das BSA beteiligte hier die AG Inverkehrbringung von Herkunftssaatgut an der Diskussion. Die Vorschläge waren in einigen Punkten umstritten (siehe auch Bauernstimme 10/97, S.7.). Parallel wurde die erwähnte EU-Richtlinie verabschiedet, mit der in europäischer Gesetzgebung die Zulassung solcher Sorten ermöglicht wird.

Kultur besteht nicht nur darin, Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen oder Konzerte und Theater zu besuchen, sondern auch darin, seine Nutztiere artgemäß zu halten, weshalb eventuelle Mehrkosten einer artgemäßen Nutztierhaltung gegenüber der Massentierhaltung als Beitrag an den Kulturfortschritt zu verbuchen sind“, schreibt Rist, ein Nutztierethologe (Ethologie ist die Verhaltensforschung). Mal davon abgesehen, daß immer noch zu wenig Menschen dazu bereit sind, diese Mehrkosten zu bezahlen – egal ob persönlich verbuchbar als Beitrag zum Kulturfortschritt, zur Gewissensberuhigung oder zur Gesundheitsvorsorge – war und ist zunehmend problematisch, daß der Begriff „artgerechte Tierhaltung“ und damit eine feste Definition dessen, was sich dahinter verbirgt, nicht geschützt ist. Annähernd in der kompletten Bandbreite der landwirtschaftlichen Tierhaltungsformen wird mit Adjektiven wie „tier-“ oder „artgerecht“ geworben. Die Begriffe unterscheiden sich gar nicht oder kaum, die Haltungssysteme dagegen erheblich. Nach eigenen Angaben stehen bei der mit „artgerecht gehalten“ vermarktenden Erzeugergemeinschaft Bauernsiegel „die meisten Schweine auf Spaltenboden.“ „Einstreu und mehr Platz“ sind für Naturland-Vermarkter Thomas Sonntag die signifikantesten Punkte, die artgerechte Tierhaltung im Ökolandbau auszeichnen. Zumindest bestimmte Aspekte artgerechter Haltung sieht er „teilweise noch konsequenter“ beim Neuland-Programm umgesetzt.

Verhalten als Maß

Tiere reagieren auf ihre Umwelt durch bestimmte Verhaltensweisen, daraus folgt, daß sich jedes Haltungssystem daran messen lassen muß, in wie weit es das typische, natürliche Verhalten der jeweiligen Tierart zuläßt. Nutztierethologe Hans Hinrich Sambraus hat geschrieben: „Verhaltensgerecht ist eine Unterbringung nur dann, wenn in allen Funktionskreisen die essentiellen Verhaltensweisen des Tieres ungehindert ausgeführt werden können. Ist eine Aufstallungsform nicht verhaltensgerecht, dann kann es zu Schäden und Verhaltensstörungen kommen. Ein gravierender Mangel in einem bestimmten Funktionskreis kann durch noch so gute Ausgestaltung eines anderen Verhaltensbereiches nicht kompensiert werden.“ Das Verhalten der

Fortschritt im Stall

Aspekte artgerechter Tierhaltung

Tiere wird also in verschiedene Funktionskreise eingeteilt wie z. B. Nahrungsaufnahme-, Ruhe-, Sozial-, Komfort-, Ausscheidungs- und Fortpflanzungsverhalten. Grundlage ist das sogenannte Normalverhalten, das Verhalten von wildlebenden Tieren. Die Domestikation hat das Normalverhalten unserer Nutztiere kaum beeinflußt. Das konnte ein Schweizer Ver-



Mit dem Ringelschwanz als Symbol werden wir die Beiträge zur neuen Serie „artgerechte Tierhaltung“ in der Bauernstimme kennzeichnen.

haltensforscher eindrucksvoll nachweisen, der eine Gruppe bisher in Kästen gehaltenen Sauen in die Wildnis entließ und beobachtete, daß sich die Tiere so verhielten wie ihre Wildschweinverwandten. Sie verbrachten die meiste Zeit bei Tageslicht mit der Futtersuche und -aufnahme. Als Allesfresser und mit einer Nase ausgestattet, die gut riechen aber auch als Wühlorgan zu gebrauchen ist, durchpflügen, betasten, beknabbern und beriechen Schweine stundenlang den Erdboden und nehmen damit nicht nur Nahrung auf, sondern befriedigen auch ihren Erkundungsdrang. Dieser entläßt sich in einer reizarmen Umgebung wie der unstrukturierten Vollspaltenbucht durch besaugen, massieren oder beknabbern der einzigen hier vorhandenen interessanten „Objekte“, nämlich der Buchtgenossen. Speziell das Schwanzbeißen wird der Kombination einer ganzen Reihe von Streßfaktoren inklusive der Reizarmut zugeschrieben und in solchen

Haltungssystemen dadurch „bekämpft“, daß den Ferkeln die weniger empfindlichen Schwanzspitzen abgeschnitten werden (dabei rutschte die Schnittstelle mit zunehmender Haltungsintensivierung über die Jahre immer weiter in Richtung äußerst empfindlicher Schwanzwurzel). Die Tiere versuchen dadurch ihren Schwanz den schmerzhaften Annäherungen ihrer Buchtgenossen zu entziehen, es entstehen weniger Bißwunden, die sich entzünden könnten oder durch fließendes Blut zum weiterbeißen reizen. Schwanzbeißen ist aufgrund seines nicht Vorhandenseins im Normalverhalten als Verhaltensstörung zu identifizieren. Sie treten auf, wenn die Anpassungsfähigkeit eines Tieres an seine Umwelt bzw. sein Haltungssystem überfordert ist.

Schweine in freier Wildbahn schlafen nachts meist mit Körperkontakt in einem aus Gras, Laub oder ähnlichem gebauten weichen Nest an einem ruhigen geschützten Platz. Zum Koten und Harnen stehen sie auf bzw. verlassen auch tagsüber die Gruppe und suchen einen hellen etwas feuchten Ort mit Aussicht auf. Wie unangenehm es Schweinen ist, sich in ihre Exkrementen zu legen oder womöglich auch noch ihre Jungen darin bekommen zu müssen, machen tragenden Sauen deutlich, die vermehrt mit Unruhe, Verstopfung und Geburtsverzögerungen reagieren, wenn sie im Kästen auf Spalten weder ein Nest bauen noch zum Koten ihren Liegebereich verlassen können. Wenn ihnen vom Stallsystem her die Möglichkeit gegeben wird, legen Schweine getrennte Kot- und Liegeplätze an.

Rinder und Ränge

Rinder sind in der Beziehung weniger streng, sie legen keine speziellen Kotplätze an, aber auch sie bevorzugen zum Ruhen eine trockene, weiche, verformbare Liegefläche. Daran werden die unterschiedlichen Lebensweisen der beiden Arten erkennbar: Schweine leben in kleinen Gruppen innerhalb eines mehr oder weniger festen Wald- und Sumpf-Areals während Rinder in größeren Herden weidend umherziehen. Diese Herdenverbände sind durch ein komplexes soziales Gefüge gekennzeichnet, bis zu 70

Tiere kennen sich individuell und wissen um ihre Stellung innerhalb der Rangordnung zueinander. Diese definiert die individuelle Distanz, die Rinder untereinander einhalten. Während Tiere, die ähnlich hohe Rangplätze einnehmen, häufig beim Ruhen nah beieinander liegen oder sich gegenseitig lecken, machen rangniedere Tiere um ranghohe einen großen Bogen. Mit engen Laufgängen oder Sackgassen kann ein Laufstall dadurch zumindest für einige Tiere eher zum „Herumstehstall“ werden. Die Rangordnung schränkt rangniedere Tiere im Stall zudem bei der Wahl des Freß- oder Liegeplatzes ein. Sie sind meist die letzten, die zum Zuge kommen und können u. U. dann noch nicht einmal z. B. die noch freie Liegebox annehmen, weil rechts und links davon zwei im Rang zuviel höhere Tiere ruhen. Damit wird auch der große Drang von Rindern, ihr Verhalten zu synchronisieren beeinträchtigt. Mögen solche Punkte vielleicht auf den ersten Blick für einen Anbindestall sprechen, so steht dagegen, daß dieser auch positive Sozialkontakte unterbindet und generell Bewegung für alle Tierarten als zentrales Instrument der umfassenden Organbeanspruchung u. a. gesundheitlichen Schäden vorbeugt. Die beschriebenen Zusammenhänge sind eher ein Plädoyer für eine gut durchdachte, platzlassende Laufstallgestaltung. Dazu gehören auch trittsichere Laufflächen. Beurteilungskriterium dafür ist z. B. die Durchführung des gesamten Körperpflegeverhaltens inklusive des Leckens der Schwanzwurzel bei dem ein Rind sich so verbiegt, daß es nur auf drei Beinen steht.

Wie bewerten?

Tierhaltung ist mehr als nur Verhalten und Stallausgestaltung, hinzu kommen die Bedeutung von Außenklimareizen, Fütterung, Zucht, Gesundheit. Nutztiere werden aus ökonomischen Gründen immer so gehalten, daß sich Einschränkungen für sie ergeben. Mit Antworten auf die Frage wie gravierend diese im einzelnen sind, kann man ein System bewerten. Der Versuch so einer Bewertung ist der Tiergerechtheitsindex, der nach einem bestimmten Beurteilungsschema Punkte vergibt, die mit einem Maximalwert verglichen werden können. Sicherlich hinken solche Bewertungen – es sei daran erinnert, daß Defizite in einem Funktionskreis sich nicht durch das Optimum in einem anderen kompensieren lassen. Punkte und Quersummen können nur Hinweise geben. Wohlbefinden ist eben bei Tieren wie auch bei Menschen etwas, was sich schwerlich in Zahlen ausdrücken läßt.

Gelbes vom Ei

Von glücklichen Hühnern und großen Veränderungen

Während in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn dafür antrat, der geltenden batterieerlaubenden Hennenhaltungsverordnung Verfassungswidrigkeit nachzuweisen und Vertreter der Bundesregierung Wettbewerbsverzerrungen durch einen nationalen Alleingang dagegen hielten, streute Eckhardt Eisenach im hessischen Gunterhausen seinen Hühnern vielleicht gerade Körner in ihren Auslauf. Die Hennen und Hähne picken danach, wobei sie nicht nur Nahrung aufnehmen sondern auch Beschäftigungs- und Bewegungsbedürfnisse befriedigen. Enge Drahtbodenkäfige in denen Hühner ihren Drang zum Picken nur an den Federn der Käfiggenossin auslassen können, gibt es hier auf dem Hof seit zehn Jahren nicht mehr. Damals übernahm Eisenach den Betrieb von seinen Eltern mit einer Holzstufenbatterie in der 2.700 Hühner lebten. Mit seiner Entscheidung, die Landwirtschaft weiterzumachen war für ihn die Änderung zur artgerechten Tierhaltung verbunden. Der Nordhesse hatte sich bereits im Landwirtschaftsstudium damit auseinandergesetzt und außerdem davon gehört, daß Bioland eine hessische Eier-Produktionsgemeinschaft für gemeinsame Werbung und Futtereinkauf gründen wollte.

Mittlerweile leben in dem ehemaligen Batteriestallgebäude sowie einem ehemaligen Schweinestall 3.600 Hühner in Volierenhaltung mit überdachtem Auslauf (3 Gruppen zu jeweils 1.200 Tieren) und werden u. a. mit dem Getreide und den Erbsen von den 33 ha Ackerland gefüttert. Von einem Biobauern ein paar Dörfer weiter hat Eisenach den ehemaligen Kuhstall gepachtet und hält dort noch einmal 2.400 Hühner, das Futter bezieht er von Raiffeisen, die für die Erzeugergemeinschaft eine Biomischung zubereitet. Probleme mit Federpicken sind nicht zu verzeichnen dafür in manchen Gruppen relativ viele verlegte Eier. Die Hühner sind „robust und gesund“ und bleiben 2-3 Legeperioden. „Die Volierenhaltung habe ich damals in der Schweiz kennengelernt, mit den Kotbändern unter den Sitzstangen und dem extra Scharraum wirkte sie sehr sauber und hygienisch auf mich, außerdem wollte ich die Altgebäude nutzen“, erklärt Eisenach seine Entscheidung für ein eher ungewöhnliches System. Keine leichte Entscheidung, gab es doch vor 10 Jahren noch kaum Beratung und (wie heute auch) kaum Fördermittel. Noch einmal 30 Jahre früher siedelten Eckhardt Eisenachs Eltern an den Ortsrand von Gunterhausen aus. „Der Betrieb war vielseitig, mit Kühen, Sauen,

Kartoffeln und eben auch der damals üblichen Bodenhaltung von so 100 Hühner“, berichtet der Sohn. Die romantisch wirkende Vielfalt bedeutete viel Arbeit und war nicht besonders wirtschaftlich. Speziell in der Hühnerhaltung kämpfte man mit Krankheiten und Würmern. Anfang der 60er Jahre kamen die Legebatterien gerade auf und boten eine „moderne“ Lösung in Sachen Arbeitswirtschaft und Hygiene. Und dadurch, daß Eier keine Ablieferungsware waren, ließ sich daran auch noch verdienen. Mit dem Einstieg der Agrarindustrie Anfang der 80er Jahre entstand Druck auf die Preise aber auch Kritik an dem nicht tierechten Haltungssystem.

Einstieg von „Großen“ und Druck auf die Preise ist heute auch bei Bioeiern ein Thema. „Wir hatten es bei Bioland selbst in der Hand, Bestandsobergrenzen einzuführen. Darüber hat allerdings keiner nachgedacht, daß es mal Biohühneranlagen mit 100.000 Tieren gibt.“ Solche Betriebe produzieren zu anderen Preisen

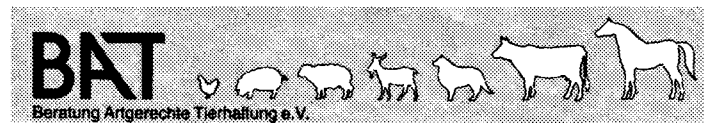
und liefern die großen Chargen, die Handelsketten wollen. Es gibt schon Bauern die unter Produktionskosten verkaufen“, umreißt Eisenach die derzeitige Situation in der er noch von langjährigen direkten Handelsbeziehungen profitiert. „Irgendwann wird das Bioei überall Standard sein, und dann soll es möglichst so billig sein, wie ein konventionelles.“ Mit konventionellen Preisen ließe sich aber

die Mehrarbeit der artgerechten Haltung, die Eisenach bei sich auf das 2,5 fache schätzt, nicht bezahlen. Für ihn sind die VerbraucherInnen gefragt, er glaubt, daß eine Deklarationspflicht für Käfigeier ein besserer Weg ist, als ein Käfigverbot. „Wenn drauf ständ' 'aus Käfighaltung' wär' die Hemmschwelle zuzugreifen größer. Z. B. auf dem Wochenmarkt, da gehen die Leute davon aus, daß alle Eier von glücklichen Hühner sind, das gibt das Bild her, sie hinterfragen nicht, daß das für 25 Pf Endverbraucherpreis nicht machbar ist.“

Neue Serie zur artgerechten Tierhaltung

Perspektiven, wie auch die Schwierigkeiten einer artgerechten Nutztierhaltung wollen wir in einer neuen Serie in der Unabhängigen Bauernstimme aufzeigen. Dabei soll es nicht nur um die Haltung im engsten Sinne, also die Ausgestaltung von Ställen sondern auch um die Bereiche artgemäße Fütterung, Tiergesundheit und Zucht gehen. Dabei suchen wir kompetente MitgestalterInnen, z.B. Bäuerinnen und Bauern, die mit patenten Erfindungen ihren Stall bereichert haben. Sie sollen die Gelegenheit bekommen, diese in der alle 2 Monate erscheinenden Serie in einer „Erfinderbörse“ vorzustellen.

Die Serie mit Leben füllen werden hoffentlich auch Leute aus der BeraterInnen- und WissenschaftlerInnen-Szene um die artgerechte Tierhaltung, unter anderem folgende haben bereits ihre Unterstützung uns, aber auch interessierten Bäuerinnen und Bauern angekündigt:



Stallbauberatung – alle Nutztierarten; kompetent, kostengünstig, unabhängig
Weiterbildung – Vorträge und Seminare, (in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen) 'Lernort Bauernhof': Artgemäße Nutztierhaltung in Theorie und Praxis für 5- bis 90-jährige

Forschungsvorhaben, Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit, Buchversand 'Ökologische Tierhaltung'

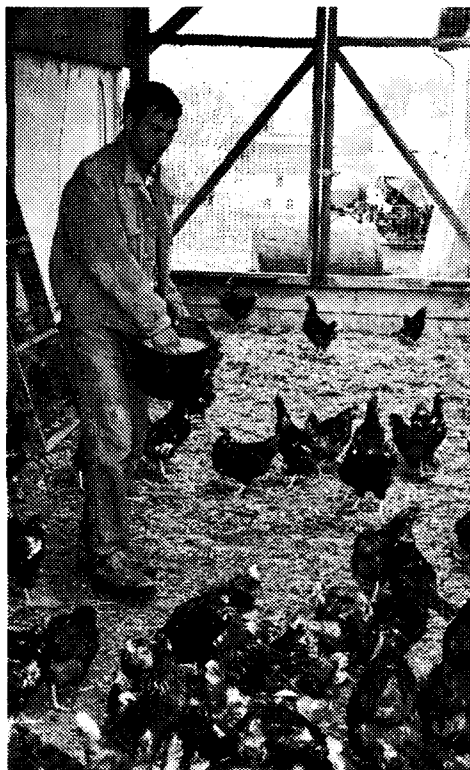
Beratung Artgerechte Tierhaltung e.V., Postfach 1131, 37201 Witzhausen, ☎ 05542/72558, Fax: 05542/72560



Der Beratersring „Beratung tierechte, umweltschonende Nutztierhaltung“, der Landberatung Niedersachsen GmbH, hat seinen Sitz in Lüneburg. Zwei Berater betreuen ca. 100 Mitglieder, die im wesentlichen NEULAND-Betriebe sind, intensiv in Fragen des Stallbaus, der Fütterung, Zucht und Hygiene, sowie der Betriebswirtschaft bei Schweinen und Rindern.

Es werden Futtermischungen und Haltungssysteme aufgrund von Praxiserfahrungen in den Mitgliedsbetrieben entwickelt und umgesetzt.

Beratung tierechte, umweltschonende Nutztierhaltung der Landberatung Niedersachsen GmbH, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/46099, Fax: 04131/402307



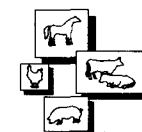
ÖKORING
NIEDERSACHSEN

Pflanzenbaus, Gemüsebaus und der Tierhaltung genauso wie in Sachen Direktvermarktung, Betriebswirtschaft und Umstellung. Die sechs Beraterinnen und Berater haben sowohl regionale als auch fachliche Schwerpunkte gesetzt. Davon ist einer auch die artgemäße bzw. richtlinienkonforme Tierhaltung.

Ökoring Niedersachsen, Ernst-August-Straße 9, 29664 Walsrode, ☎ 05161/98650, Fax: 05161/986555, e-mail: oekoring@t-online.de, Internet: www.oekoring.de

Der Schwerpunkt der 1982 gegründeten **Arbeitsgemeinschaft Kritische Tiermedizin (AGKT)** liegt auf der Tiergesundheit. Das betrifft nicht nur die Haltung, sondern auch die Zucht und die medizinische Behandlung der Tiere. Alternative/Naturheilkundliche Heilmethoden und Verhaltenstherapie zählen ebenso zum Themenkatalog wie bspw. Lebensmittelqualität, Gentechnik und Agrarpolitik. Die AGKT gibt die Zeitschrift Veto heraus.

Arbeitsgemeinschaft Kritische Tiermedizin, Kontaktadresse: Monika Fiebig, Dörpstraat 11, 24816 Luhnstedt, ☎ 04875/682



Unabhängiges Beratungsbüro Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch

Problemlösungen durch qualifizierte Fachberatung – bundesweit
– Beratung zu den Themen ökologische Tierhaltung, tierechter Stallbau, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

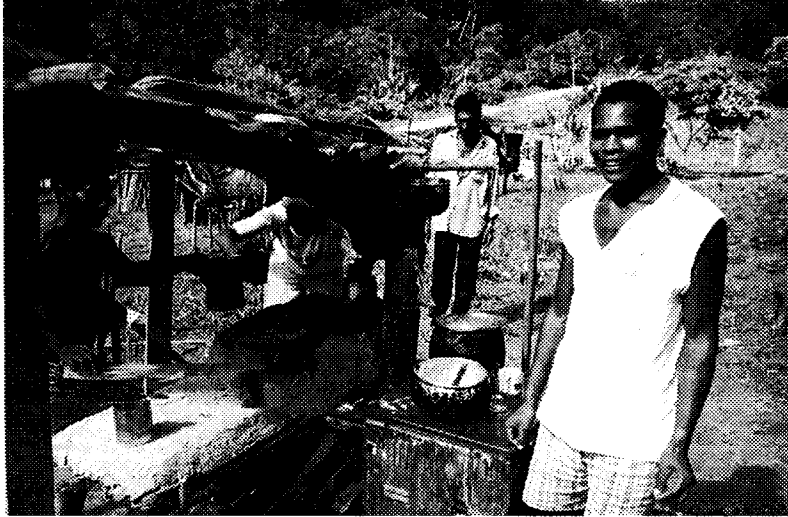
– Erarbeitung von Planungskonzepten (Erstellen von Maßstabgenauen Plänen) bei Berücksichtigung und Optimierung von Tiergerechtigkeit, Verfahrenstechnik, Arbeitswirtschaft und Baukosten.

– Baubegleitende Beratung und Betreuung während aller Phasen des Stallbaus.
Unabhängiges Beratungsbüro Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch, ☎ und Fax: 0551/22731

Die **Gesellschaft für ökologische Tierhaltung e.V. (GÖT e.V.)** vereinigt als unabhängige, fachübergreifende Organisation WissenschaftlerInnen der Landwirtschaft und Tiermedizin, praktische TierärztInnen, in Beratung und Praxis tätige AgrarwissenschaftlerInnen sowie interessierte Privatpersonen. Darüber hinaus sind mehrere Landesverbände des ökologischen Landbaus und nahestehende Organisationen z.B. aus Beratung oder Vermarktung Mitglieder. Ziele der GÖT sind:

– ein Forum für Informationen und die Bearbeitung von Aufgabenfeldern rund um die ökologische Tierhaltung
– Öffentlichkeitsarbeit, Fachgespräche und Seminare zur ökologischen Tierhaltung
– als Ansprechpartner für Praxis, Verbände, Wissenschaft und Medien dienen

Gesellschaft für ökologische Tierhaltung e.V., Geschäftsstelle: Untergasse 8, 34628 Willingshausen, ☎ 06697/ 919042, Fax: 06697/919041



MST

steht auch für die Hoffnung, daß aus Kochstellen unter freiem Himmel in ein paar Jahren Siedlungen mit festen Häusern werden können. 30 bis 100 Familien bewirtschaften 500 bis 1.500 ha in einer Siedlung.

Die Familie ist die kleinste politische Einheit, 10 Familien sind eine Gruppe und aus den Gruppen kommt die Siedlungsleitung. Vollversammlungen entsenden Delegierte auf Länder- und Bundeskongresse.

Autor und Fotograf Martin Feller (außerdem noch Biolandbauer und neuer 2. Vorsitzender der Abl Niedersachsen) hat einen Diavortrag zu der Reise zusammengestellt, den er auf Anfrage gern bereit ist zu halten.

Infos: Martin Feller, Schweizerhof, 29549 Bad Bevensen, ☎ 05821/43448

Angefangen hat alles mit unserer Mitgliederversammlung im November in Altenkirchen. Inspiriert durch den Bericht über die Landlosenbewegung, Movimento Dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST) in Brasilien, reifte in mir die Idee, als Vertreter der Abl den Jahreskongreß von MST zu besuchen. Auf Anfrage wurde mir mitgeteilt, ich sei herzlich eingeladen in Bahia (nördliches Bundesland in Brasilien) am Kongreß teilzunehmen und mir mehrere Projekte anzuschauen.

Brasilien ist ein Land der Gegensätze, direkt in den Innenstädten liegen die Favelas, Hütten und Behausungen der Ärmsten der Armen. Auf der anderen Seite gibt es unermeßlichen Reichtum. Es herrscht ein Klima, das landwirtschaftliche Produktion das ganze Jahr über ermöglicht. Brasilien ist nicht nur der Kaffeexporteur Nr. 1 der Welt, es produziert auch mehr Obst als jedes andere Land. Bei der Produktion von Sojabohnen, Kakao, Zucker, Getreide und Rindfleisch liegt es innerhalb der führenden vier der Welt. Allerdings erbringt die Landwirtschaft, früher bedeutendster Wirtschaftszweig, nur noch 13 % des Bruttosozialproduktes, die Industrie hingegen 39 % und der Dienstleistungssektor 48%.

Trotz des Reichtums an Agrarprodukten, Bodenschätzen und Industriegütern, haben 52% der Menschen ein Jahreseinkommen unter 2.000 Dollar.



Think global, act local

Ein Besuch bei Brasiliens Landlosen und die Schlußfolgerung, es bei uns nicht soweit kommen zu lassen.

Über 50 % der landwirtschaftlichen Fläche von 390 Mio ha gehört knapp 3 % der 3 Mio LandeigentümerInnen. Dabei werden 30 % der 390 ha nicht genutzt. Rund 4,9 Mio landlose Familien möchten sich auf einem Teil dieser nicht genutzten Flächen eine Existenz aufbauen.

Auf dem Hintergrund der krassen Klassenunterschiede, verspricht die Regierung zu Wahlen mit schöner Regelmäßigkeit eine Landreform zugunsten der Armen. In der brasilianischen Verfassung ist die Verpflichtung des Staates eine Landreform durchzuführen verankert, der Artikel 148 besagt, daß unproduktives Land ohne soziale Funktion an SiedlerInnen gegeben werden soll.

Die Regierung des Sozialdemokraten Fernando Henrique Cardoso, in Zusammenarbeit mit der Weltbank, setzt das Landreformgebot allerdings auf eine Art um, die wieder die Landlosen benachteiligt. Das Weltbankprojekt „Cedula da Terra“ und das nationale Regierungsprogramm „Banco da Terra“ sind Grundlage hierfür. Um Landkaufkredite zu bekommen, müssen Landlose, organisiert in Vereinigungen, Flächen vorschlagen und mit den EigentümerInnen verhandeln. Die GroßgrundbesitzerInnen werden nicht enteignet sondern es ist ihnen überlassen, ob und welche Teile ihres Landes sie bereitstellen. Die Landlosen hingegen haben keinerlei Ansprüche auf günstige, in der Agrarreform vorgesehene Kredite. Tilgungsfristen für die ihnen stattdessen gewährten Kredite, die die teuersten im ländlichen Raum Brasiliens sind, laufen über 10 Jahre, mit Rückzahlungen muß nach 3 Jahren begonnen werden. Durch den Aufkauf von bisher wertlosem Land entwickelte sich ein Markt und steigende Preise. Das Land Brasilien verschuldet sich bei der Weltbank, das Geld landet bei den GroßgrundbesitzerInnen und zurückerzahlen müssen es die Landlosen.

Hoffnung und Aufbruch

MST ist eine Selbsthilfeorganisation der Landlosen in Brasilien. Ihre Aufgaben sind die Vermittlung zwischen Regierung und Landlosen, die Organisation von Landbesetzungen und die Unterstützung beim Aufbau von Siedlungen, Finanzbeschaffung, Öffentlichkeitsarbeit und natürlich Bildungsangebote (65 % der Menschen in den Siedlungen sind Analphabeten).

Auf dem Kongreß in Vittoria da Conquista angekommen, wurde das alte Jahr rückblickend betrachtet und neue Strategien diskutiert. Dabei wird die Tagesordnung immer wieder durch Singen unterbrochen, ein wohlthuender Gegensatz zu

unserer steifen Art. Wo wir vor dem Problem stehen, Menschen zu motivieren, ist die Stimmung in der Bewegung dort von Spaß, Hoffnung und Aufbruch gekennzeichnet.

Im Anschluß hatte ich Gelegenheit mehrere Siedlungen – legale und illegale – zu besuchen. Die illegalen sind Teil der MST-Strategie. Eine kleine MST-Gruppe geht in die Favelas, stellt den Kontakt her zu allen wichtigen Organisationen (Kirchen, Gewerkschaften usw.) und Personen, die in der Öffentlichkeit stehen, um Versammlungen zu organisieren. Hat sich eine Gruppe – zum großen Teil ehemalige Landarbeiter und Bauern – zusammengefunden, bricht man zu einem ungenutzten Stück Land auf. Ist dieses dann besetzt, muß vor Gericht die Nicht-Bewirtschaftung bewiesen werden. Wird in der Verhandlung das Land den landlosen Bäuerinnen und Bauern zugesprochen, kann mit staatlichen Krediten von den BesitzerInnen gekauft werden. Durch die Landbesetzung ist es den Landlosen im Gegensatz zum offiziellen Weltbankprogramm möglich, Einfluß darauf zu nehmen, welche der ungenutzten Flächen an sie abgetreten werden. Natürlich werden die LandbesetzerInnen nicht mit Samthandschuhen angefaßt, Übergriffe seitens der Polizei sind keine Seltenheit. Erst im Dez. 98 wurden zwei MST-AktivistInnen von bezahlten Killern erschossen. Die Medien, in der Hand von 6 Familien, berichten einseitig und es wird versucht, MST in der Öffentlichkeit zu kriminalisieren. All dies kann aber ein Wachsen der Bewegung nicht verhindern, angesichts der Zukunftsaussichten ohne Landreform, ist den Menschen klar, daß sich kämpfen müssen.

Neun Siedlungen – zwischen zwei Wochen und acht Jahre alt – standen auf meinem Besuchsplan. Die Menschen in den Siedlungen wissen, daß sie politische Unterstützung brauchen und sind interessiert an den Agrarentwicklungen in Europa. Es war schön zu sehen, mit welchem Enthusiasmus sie an dem neuen politischen System arbeiten. Auf die Frage: „Was können wir für euch tun?“, kam immer zuerst die Antwort, informiert die Menschen über uns, wir brauchen politische Unterstützung und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen.

Das Beispiel Brasilien zeigt uns, wo das Wachsen und Weichen uns hinführen kann. Dort sind die Zustände so kraß, daß die Entwicklung zur Neuverteilung des Landes führt. Noch haben wir hier eine relativ klein strukturierte Landwirtschaft, sorgen wir dafür, daß es so bleibt.

Martin Feller

„Wir brauchen von Euch politische Unterstützung“

Brasilien: Geerdet statt bodenlos. Aktion für eine andere Weltbankpolitik der Bundesrepublik

Die Weltbank wird in Kürze über eine Beschwerde entscheiden, die das brasilianische Forum für Agrarreform gegen das Pilotprojekt der Weltbank in Brasilien „Cedula da Terra“ eingereicht hat. Um das Anliegen der brasilianischen Kleinbauern und Landlosen zu unterstützen, bekam das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) am 16. April Besuch von Menschenrechtsgruppen und der AbL. Die parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Dr. Uschi Eid (Grüne), nahm einen Offenen Brief entgegen, in dem gegen das Pilotprojekt der Weltbank kritisiert wird. Nach Ansicht brasilianischer und internationaler Organisationen gefährdet es die notwendige Agrar- bzw. Landreform in Brasilien. Das von der Weltbank gepuschte Pilotprogramm soll an die Stelle der bisherigen Agrarreform eine sogenannte marktorientierte Landbank setzen, wonach brachliegendes Land von Großgrundbesitzern nicht mehr enteignet werden darf, sondern gekauft werden muß. Damit unterläuft das Projekt, das nun auf ganz Brasilien ausgedehnt werden soll, die verfassungsgemäße und menschenrechtliche Verpflichtung des Staates, eine umfassende und sozialgerechte Agrarreform durchzuführen. Dr. Uschi Eid machte im Rahmen der Protestaktion die Zusage, daß sich Deutschland für eine Überprüfung des Projektes einsetzen werde und daß sie die Einrichtung eines Runden Tisches vorschlagen werde, an dem unterschiedliche Gruppen aus der Bevölkerung beteiligt werden sollen.

In Deutschland wurde die Aktion vom Forum Umwelt und Entwicklung, FIAN

sowie der AbL organisiert und mitgetragen. Im Rahmen der Aktion wies Bauer Martn Feller für die AbL darauf hin, daß die Landlosen in Brasilien auf die Unterstützung anderer Organisationen angewiesen seien. Bei seinem Brasilienaufenthalt dieses Jahr sei ihm immer wieder gesagt worden: „Wir brauchen von Euch politische Unterstützung, um die Regierung und die Landbesitzer zu einer Landreform zu zwingen.“ Dabei sei Brasilien, so Feller, „beispielhaft für eine Entwicklung, die wir in Europa haben: die Landkonzentration. Nur in Brasilien soll Land verteilt werden, während in Europa, in Deutschland die Landkonzentration weiter voranschreitet“.

Zum Hintergrund

In Erinnerung an den Jahrestag des Massakers von Eldorado dos Carjás wurde im letzten Jahr der 17. April zum Internationalen Tag des Bauern- und Landlosen-Protestes ernannt und die internationale Kampagne für die Agrarreform in Brasilien gestartet. In Brasilien versammelten sich an diesem Tag über 100.000 Menschen, um gegen das Ausbleiben der Strafverfolgung und für die Agrarreform zu demonstrieren. Gleichzeitig führten La Via Campesina (internationaler Zusammenschluß von Kleinbauern- und Landarbeiterorganisationen) und FIAN Solidaritätsaktionen vor den brasilianischen Botschaften in 10 Ländern durch, auch in Bonn fand im vergangenen Jahr eine gelungene Aktion statt, an der sich die AbL maßgeblich beteiligte.

Benedikt Hüttemann

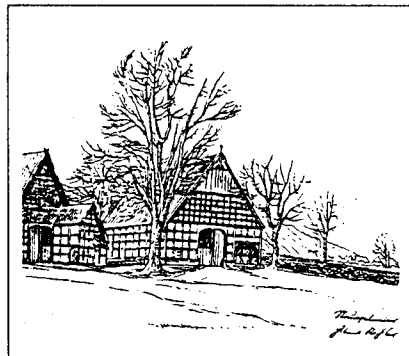


Neben einem offenen Brief wurde Staatssekretärin Uschi Eid auch der aus Weizen eingesäte Schriftzug Terra überreicht

Schall und Rauch?

Ich war verlorengegangen. Jedenfalls in einem Teilbereich meiner Existenz. Ich stand nicht mehr im Telefonbuch. Die Ursache: Meine Frau hat einen Doppelnamen, alphabetisch steht sie vor mir. Bei einer Änderung unserer Telefonanlage änderte die Telekom auch den Eintrag im Telefonbuch. Dabei bin ich unter den Schreibtisch gefallen – unbeabsichtigt, aber gefühlsmäßig nicht folgenlos. Es dauerte ein Jahr, bis ich bei einer Neuauflage des Telefonbuchs wieder in Erscheinung trat.

Der Doppelname erobert das Land. Dabei ist es seltener eine agrarische Ausprägung des Feminismus. Es liegt eher daran, daß für die Bauern der Name nicht „Schall und Rauch“ ist und Modernes sich mit Beharrlichkeit trifft. Können doch so in manchen Fällen Hof- und Familienname zusammen bleiben. Die Familien haben Namen, die Höfe haben Namen. Namen sind Ausdruck der Einzigartigkeit, der Identität und Individualität. Eigentlich wissen Bauern, daß Namen nicht ohne Identitätsverlust gewechselt werden können. Nur für Frauen galt das bislang nicht. Da mußte ich zulernen und andere auch. Unser Nachbar – ein gestandener Bauer – bekam auf dem Standesamt fast einen Dahlschlag als er hörte, daß sein Sohn und Hoferbe den Familiennamen seiner Frau – auch Hoferbin – annahm. Der Sohn hatte sich nicht getraut, es seinem Vater vorher zu sagen. Namen sind gewachsen. Sie sind mit Geschichte und Geschichten verbunden. Das gilt selbst für Felder und Wiesen. Da bleiben auch die Namen. Unsere „Große Wiese“ heißt immer noch



... aus Ostwestfalen

so, obwohl sie bereits seit 25 Jahren Acker ist. Beim Pflügen erinnere ich mich, wie ich dort bei der Heuernte geschwitzt habe. Der „Neue Kamp“ bleibt der „Neue“ obwohl er schon seit über 100 Jahren urbar ist. Ein Feld haben wir, das namenlos ist, ohne Geschichte. Als die Autobahn gebaut wurde, haben wir es in der Flurbereinigung dazubekommen. Soll das Feld jetzt etwa „An der Autobahn“

heißen? Das ist entwürdigend, zumal ja diese verd... Autobahn an unserem Feld vorbeiführt. Deshalb lassen wir es weiter als Provisorium: „Das erste Feld links hinter dem zweiten kleinen Weg“!

Die Tierhaltung befindet sich im Umbruch. Kühe, selbst in großen Herden, haben weiterhin Namen, behalten ihre Individualität. Schweine verlieren sie und gehen in der Masse unter. Nur hochwertigen Zuchttieren wird noch eine Einzigartigkeit zugebilligt. Hybridsauen werden durchnummeriert. Mit dem Verlust des Ringelschwänzchens sieht ohnehin kein Schwein mehr aus, als ob es Susi heißt.

Wie weit Namen Identität und Individualität verkörpern, wurde mir aus der Erzählung eines Bekannten deutlich: „Wir wohnten in einer Bergarbeitersiedlung. Hinten im Hof hielten wir Kaninchen. Der Vater hatte uns verboten, den Tieren Namen zu geben. Auf diese Weise sollte verhindert werden, daß wir irgendwann am Tisch um den Sonntagsbraten saßen und heulend feststellten: 'Das ist Manfred!'“

Goethe läßt seinen Faust zu Gretchen sagen: „Gefühl ist alles; Name ist Schall und Rauch!“ Für die Bauern haben Gefühle Namen, besonders wenn ein Hof dahinter steckt. Ohne Hof lassen sich bei der Namensfindung konfliktfreiere Lösungen finden. Meine Schwägerin hat mit ihrem Zukünftigen darum Karten gespielt. Es war ein niveauvoller Entscheidungsprozess. Sie haben Rommé gespielt und nicht etwa 17 + 4.

Ein Bauer (55 Jahre) erzählt ...

LESE-BUCH

TIP

Anwalt der Sonne

Auch oder gerade unter der neuen Regierung ist der Mahner für den Umstieg auf Solarenergie mehr als gefragt. Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident von EUROSOLAR entwickelte als unbequemer Querdenker auch für die Landwirtschaft eine Alternative. Es geht ihm um eine neue Perspektive, die eine Rückkehr zur Kreislaufwirtschaft zum Ziel hat: nicht mehr durch isolierten ökologischen Landbau, sondern durch den Einsatz von Energie- und Rohstoffpflanzen, deren Rückstände aus der Verbrennung und Verarbeitung wieder in den Produktionskreislauf zurückfließen.

Das Portrait von Siegfried Pater ist der erste Band der Reihe „Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ in der Menschen vorgestellt werden sollen, „die als Vordenker und Vorreiter Wege in die Zukunft aufgezeigt und freigelegt haben.“

Hermann Scheer – Anwalt der Sonne. S. Pater, Uranus Verlag, 183 Seiten, 24, 80 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag

Öko-Strukturdaten

Anlässlich der Messe BioFach hat die ZMP eine Broschüre mit wichtigen Strukturdaten zum ökologischen Landbau herausgebracht: mit einer Zusammenstellung der Verkaufspreise aller wichtigen Produkte seit 1995, jeweils für den Direktabsatz, den Absatz an den Einzelhandel und an den Großhandel. Enthalten sind auch Daten zum Anteil von Erzeugergemeinschaften, Vergleichszahlen zwischen Ökoproduktion und Gesamtproduktion der Landwirtschaft, Mitgliederzahlen und Flächen der AGÖL-Verbände sowie Tabellen zur Öko-Entwicklung in den wichtigsten EU-Ländern. Ein sehr ausführliches Adreß-Verzeichnis zum Ökosektor rundet die Broschüre ab. en

Strukturdaten zum ökologischen Landbau (ZMP-Materialien zur Marktberichterstattung Band 26), 68 Din-A4-Seiten, 1999, 27 DM zzgl. MwSt, bei: ZMP, Frau Bunnartz, Postfach 2569, 53015 Bonn, Fax 0228/9777-179.

Handbuch zum Gewässerschutz

Gewässerschutz in der Landwirtschaft – diesem Ziel will ein neues Fachbuch durch Darstellung der Ursachen und vor allem der Vermeidungsmaßnahmen dienen. Nach einem Überblick über die Stoffeinträge werden Schätzverfahren für die standort- und bewirtschaftungsabhängige Gewässergefährdung vorgestellt. Zur Verminderung der Einträge werden Maßnahmen in Ackerbau, Grünlandwirtschaft, Tierhaltung und in Sonderkulturen dargestellt, anschließend erfolgt eine ökonomische Bewertung gewässerschonender Verfahren. Datenblätter, Beratungsbeispiele und eine (recht kurze) Darstellung des Ökolandbaus schließen sich an. Recht knapp sind die Kapitel zu Rechtsfragen, ökonomischen Anreizprogrammen und zu Bildung/Beratung/Information gehalten. Ansonsten sind die sehr detaillierten Darstellungen und Tabellen

vor allem darauf orientiert, die ganze Breite des themenrelevanten naturwissenschaftlichen Grundlagenwissens aufzubereiten und darzubieten, so daß das Buch vor allem Fachkräften in der Umweltberatung sowie in Landwirtschafts- und Wasserversorgungsunternehmen eine wertvolle Hilfe sein kann. en

Handbuch zum Gewässerschutz in der Landwirtschaft. Frede/Dabbert (Hrsg.), 2. Auflage 1999, Ecomed-Verlagsgesellschaft, 451 Seiten, 68 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag.

Alternativen in der Pflanzenzüchtung

Der ökologische Landbau hat sich eindeutig gegen den Einsatz von gentechnisch manipulierten Organismen ausgesprochen. Nicht nur aus diesem Grund aber dadurch sicherlich erheblich verstärkt, müssen Möglichkeiten einer alternativen Saatgutversorgung der ökologisch wirtschaftenden Betriebe gefunden werden. Außerdem ist grundsätzlich zu fragen, ob die heute schon üblichen Methoden und Strategien der konventionellen Pflanzenzüchtung mit den Ansprüchen des Ökolandbaus zu vereinbaren sind. In den Niederlanden beschäftigt sich derzeit ein umfangreiches Projekt mit der Entwicklung von Perspektiven und einem Stufenplan für eine nachhaltige Pflanzenzüchtung. Der erste Teil wurde im vergangenen Sommer mit einem Bericht zur Situationsbeschreibung abgeschlossen. Dieser Bericht gibt anhand eines Einblicks in Züchtungspraktiken, versucht eine Bewertung hinsichtlich der Nutzbarkeit für den Ökolandbau und gibt Hinweise darauf, wie zukünftig gearbeitet werden könnte.

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen biologischen Pflanzenzüchtung, Louis Bolk Institut (Hrsg.), 70 Seiten, 30 DM + 4 DM Porto. Nur zu beziehen über den Forschungsring für Biologisch-Dynamische Wirtschaftskreise e.V., Brandschneise 2, 64295 Darmstadt, ☎ 06155/8412-3, Fax: 06155/8469-11

Lobby für bunte und lebenswerte Räume

Leserbrief zur Rolle der AbL. Wertschöpfung statt Rezeptstreit um Öko und Grün

Gespannt verfolge ich die Lesermeinungen zur letzten AbL-Mitgliederversammlung. So wichtig diese Diskussion ist, so nachdenklich stimmt sie mich. Hat die bäuerliche Sinnkrise auch die Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft erfaßt? – Ein Erfolg für wen?

Ein chinesisches Sprichwort sagt, *wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden!* Die Agenda 2000 ist das symptomatische Beispiel, daß in der Agrarpolitik die Zieldiskussion gemieden wird, so wie der Teufel das Weihwasser meiden soll. Schließlich wollen die Bewahrer doch gar keine Reform. Sie lassen die Bauern gegen Preissenkungen demonstrieren, in

über Ablieferung oder Direktvermarktung, über konventionellen oder ökologischen Landbau und dem Glauben an die eine oder andere Partei gerät die bäuerliche Landwirtschaft ins Abseits.

Albert Schweizer hat einmal gesagt: *Auf die Füße kommt die Welt erst wieder, wenn sie sich beibringen kann, daß ihr Heil nicht in Maßnahmen, sondern in Gesinnungen besteht.* In allen Studien zur Zukunftsfähigkeit werden die als modern geltenden Formen der Nahrungsmittelerzeugung in Frage gestellt. Dagegen gilt die bäuerliche Landwirtschaft wegen ihrer ökologischen Vorteile als zukunftsfähig. Sie ist nachhaltig, weil aktiver Sonnenenergienutzer. Mit ihrer Kreis-

laufwirtschaft hat sie Vorbildfunktion. Und als Lebensform ist die bäuerliche Landwirtschaft eine soziale Ressource. In Verbindung mit den über 100 Mrd. DM ernährungsbedingten Gesundheitskosten zukunftsorientierte Argumente genug für die bäuerliche Landwirtschaft. Um das Ziel zu erreichen, dürfen Bauern die Wertschöpfung nicht anderen überlassen, sonst bleibt für sie noch weniger als bisher übrig. Damit vergrößert sich das Aktionsfeld der Bauern. So werden Landwirte, die nur noch Rohstoffe produzieren und im Preis- und Qualitätswettbewerb um Flächen,

der Hoffnung, daß sie nicht merken, daß sie in Wirklichkeit für ein System demonstrieren, das gegen sie gerichtet ist. In der Folge verlieren immer mehr Bauern den Sinn ihrer Arbeit, weichen und räumen somit das Feld für die Produktions- und Subventionsmaximierer, die eigentlich längst keine Bauern mehr sind, sondern Zulieferer der Agroindustrie, die so in der Agrarpolitik den Ton angibt.

Im herrschenden Denkmuster vom globalen (= totalen) Wettbewerb gewinnt das billigere Produkt oder das überzeugendere Argument. Wenn sich die Argumente der bäuerlichen Landwirtschaft bisher nicht durchsetzen konnten, ist das zweifellos ein Erfolg der Bewahrer der alten Agrarpolitik. Aber zugleich die große Herausforderung, besser zu werden für die bäuerliche Sache. Mit einem Rezeptstreit

Quoten und Prämien kämpfen, sich zunehmend von bäuerlichen Unternehmern unterscheiden, die neue Chancen in der Nutzung ihrer Ressourcen sehen. Dabei stehen die nostalgischen und ideologisierten Bauernbilder ebenso im Weg wie das reine landwirtschaftliche Produktionsdenken. Von der bäuerlichen Landwirtschaft wird es abhängen, ob der ländliche Raum in der Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft bunt und lebenswert bleibt und seinen Gestaltern Geschäftschancen bietet. In diesem Sinne muß sich die Lobby der bäuerlichen Landwirtschaft gegenseitig stärken, um im Spalt zur Macht Gehör zu finden.

Siegfried Jäckle, 78112 St. Georgen-Oberkirnach, aktiv im „Forum Pro Schwarzwaldbauern“



Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,- Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN

Hof und Arbeit

● Käserin (Dipl.-Ing. agr.) sucht **Hofkäseerei** (auch ungenutzt, renovierungsbedürftig) zur selbständigen Übernahme. Angestrebt ist eine Kooperation mit der Milchverarbeitung (Erfahrung mit Kuh-, Ziegen- und Schafmilchverarbeitung). Möglichst Mittel oder Süddeutschland. **Chiffre 5/99-1**

● Wir suchen eine/n **Jahrespraktikant/in** ab Mitte Juli 1999, schwerpunktmäßig für die **Milchverarbeitung**, aber auch für andere Tätigkeiten. Demeter-Betrieb in der Nähe von Wuppertal. ☎ **02053-2306** oder **-48894**.

● Wer hat Lust, Zeit und Erfahrung, mit uns (insg. 4 Personen) **130 Kühe zu melken** und zu hüten. Auf schöner Alp in Walliser Bergen. Von Juni – Sept. Gute Melkkenntnisse sind notwendig. ☎ **07669-921031**

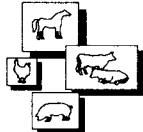
● Wir sind 5 Frauen/Lesben zw. 26 u. 35 J. alt und ein Kind (3 J.) und wollen ein **Frauen/Lesben-Hofprojekt** aufbauen. Suchen noch **interessierte Frauen u. Kinder**. Es soll ein **Lebens- u. Arbeitsprojekt** werden mit gemeinsamer Ökonomie, Gleichbewertung aller Arbeitsbereiche (Kinder, Tischlerei, Küche, Fahrradwerkstatt, Baukollektiv, Garten (keine Tierhaltung) ...). Der weitestgehend rollstuhlgerechte Hof soll in Stadtnähe sein, da uns der Austausch mit politischen Strukturen (antirassistische, ...) wichtig ist und wir für möglichst viele Frauen erreichbar sein wollen. Ein Tagungshaus soll Raum bieten für unterschiedliche Gruppen. Wir freuen uns über neue Frauen/Lesben u. Kinder und wünschen außerdem weitere Kontakte zu bereits bestehenden Gruppen mit ähnlichen Ideen! **Frauen-Lesben-Projektgruppe, c/o Frauenzentrum Potsdam, Zeppelinstr. 189, 14471 Potsdam**

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste **Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ **07551/63609**
● Wegen Aufgabe der Milchviehhaltung 8 Sb Rinder zu verkaufen. ☎ **06436-3680**

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro
Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 - 22731



Zuchtschweine aus ökologischer Zucht!

Wir sind seit fünfzehn Jahren ein anerkannter Schweine-Herdzuchtbetrieb und seit vier Jahren anerkannt biologisch wirtschaftend.

Auf unserem 30 ha großen Sonnenhof züchten wir die alte Landrasse Schwäbisch-Hällisches Schwein, das für den ökologischen Landbau besondere Vorzüge mit sich bringt: Genügsamkeit, gte Futtermittelverwertung von Restfüttermitteln, absolute Streßresistenz, Vitalität, hohe Milchleistung, Eignung für den Weidegang, langlebige und beste Fruchtbarkeit. Vorzügliche Fleischqualität mit optimalem Reifeverlauf und Marmorierung, zart, fein und nussig im Aroma. Ideal für die Dauerwurstherstellung mit rind- oder Kuhfleisch durch beste Speckqualität. Für ökologisch wirtschaftende Betriebe geben wir laufend ab:

Schwäbisch-Hällische Zuchtsauen, hochtragend, auch mit Ferkeln bei Fuß sowie ungedeckte Jungsaunen, Zuchteber und Mastferkel. Auf Wunsch auch direkt von unserer Schweineweide.

Sonnenhof, Familie Rudolf Bühler, 74549 Wolpertshausen, ☎ 07904-257



Veranstaltungskalender

NABU Heide-Weser zeigt „Siebtelbauern“

26. Mai 1999, 20.15 Uhr, Regina-Kino Verden
Der Abl Ak Heide-Weser zeigt in Zusammenarbeit mit dem Kommunalkino Verden das Filmdrama „Die Siebtelbauern“ (siehe Bauernstimme 4/99, S. 20).

Naturverträgliche Regionalentwicklung

25. Juni 1999, Hotel Mercure Potsdam
Die Nutzung der Natur durch die Erzeugung und Vermarktung umweltverträglicher Produkte sowie sanften Tourismus bietet neue Perspektiven für den ländlichen Raum, denn mit der naturverträglichen Regionalentwicklung wird regionale Wirtschaftskraft gestärkt. Doch welche Projekte versprechen dauerhaft wirtschaftlichen Erfolg und sichern Arbeitsplätze? Der NABU bringt auf diesem Fachsymposium Vertreter aus Politik, Verwaltung, Handel, Landwirtschaft und Tourismus in die Diskussion.
NABU, F. Schöne, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn, ☎ 0228-97561-23

Klimaschutz durch Bio-Energie

18. Mai 1999, Umweltakademie Neumünster
Tagesseminar zu Potentiale und Strategien für den Einsatz von Biomasse als Energieträger. Schwerpunkte: Reduzierung des CO₂-Anstiegs; Vergleich der CO₂-Bilanzen verschiedener Energiesysteme; Zukunftsträchtige Energietechnologien für den eigenen Markt und den Export; Entwicklung dezentraler Energiestrukturen zur Wärme- und Stromerzeugung.
Info: Internat. Verein zur Förderung von Energiepflanzen, Claus Mahrt-Thomsen, 24361 Damendorf, ☎ + Fax: 04353-326

Agenda 2000 – Was nun

26. Mai 1999, 20.00 Uhr, Dorfgemeinschaftshaus Nieder-Rosbach
Die Agenda-Beschlüsse sind da – Was nun? Es sprechen: F.W. Graefe zu Baringdorf (Abl.-Vors., MdEP der Grünen), Klaus Dietz (MdL CDU), Thoams Norgall (BUND Hessen), Moderation: Michael Schlag (hr).
Veranstalter: Bü 90/Grüne Wetterau, ☎ 06035-970110

Länderprogramme unter Agenda 2000

27. – 28. Mai 1999, Bad Freienwalde
Dieser Workshop zur „Zukunft der Kulturlandschaftsprogramme der Bundesländer unter den Rahmenbedingungen der Agenda 2000“ soll den fachlichen Austausch zwischen den Landesanstalten, Ministerien und Hochschulen herbeiführen, die derzeit mit der Evaluierung und der Neukonzeption der Agrarweltprogramme befaßt sind.
Landesanstalt f. Großschutzgebiete, Herr Müller, Pf 100526, 16205 Eberswalde, Fax: 03334-5822-44

Lernort Bauernhof

26. – 28. Mai 1999, Altenkirchen
Bauernhöfe sind Orte des ganzheitlichen Erlebens und Lernens. Die Beschäftigung mit Tieren und Pflanzen, Wachstums- und Entwicklungsprozessen, mit Ökonomie und Ökologie fördert die Beziehung zur naturnahen Umwelt, den Realitätsinn und die Entwicklung eines Mitweltverständnisses bei Kindern und Jugendli-

chen. Auf dieser 2. Studententagung in Altenkirchen werden verschiedene Ansätze, Modelle und Beispiele für das Lernen auf Bauernhöfen vorgestellt u. diskutiert. Eine Informationsbörse für Aktive und Interessierte aus dem Bereich Schulbauernhöfe, Jugendfarmen, Projekt-Arbeiten auf Höfen usw. soll Anregungen bieten und die Vernetzung der Initiativen unterstützen.
Ev. Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen/VWw., ☎ 02681-9516-0

Mit Gentechnik besser?

4. Juni 1999, 15.00 – 21.00 Uhr, Haus der Kultur, Maternistr. Dresden
Veranstaltung zur kritischen Auseinandersetzung mit den Argumenten der Gentechnik-Befürworter.
Grüne Liga, Umweltbildungshaus Johannis-höhe, Milana, ☎ 035203-37181; oder: BUND-Projekt, D. Grünefeld, ☎ 0351-8580579

Ökologische Baumschule

1. Juni 1999, Jugendbildungsstätte Barmstedt (Kreis Pinneberg)
Durch die Belastungen der Trinkwasserbrunnen mit Pestiziden im Kreis Pinneberg wird die Forderung nach einer Ökologisierung der Baumschulen immer lauter. Kann die ökologische Baumschulwirtschaft eine Alternative sein? Da es für ökologisch erzeugte Gehölze bislang keinen Markt gibt, sind neue Vermarktungswege erforderlich. Wie diese aussehen könnten und welche Anreize nötig sind, soll das Seminar erarbeiten.
BUND Schleswig-Holstein, Dr. Starck, ☎ 0431-66060-50

Öko-Feldtag

13. Juni 1999, Steierberg-Reese, Bioland-Betrieb Ernst Röhrs
Der Ökorind Niedersachsen lädt zum Öko-Feldtag und Öko-Hoffest. Fachaussteller informieren die Landwirte (Feldversuche, Maschinenvorfürungen, Technik-Ausstellung), und Landwirte informieren die Verbraucher.
Infos: Ökoring Niedersachsen ☎ 05161-9865-0

Ökologische Milcherzeugung

15. Juni 1999, Wissenschaftszentrum Berlin
Die ökologische Milcherzeugung entspricht im besonderen den Kriterien einer zukunftsfähigen Milcherzeugung. Das hat dazu beigetragen, daß der ökologische Milchmarkt – ebenso wie der Bedarf an Biomilch – stetig wächst. „Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, d.h. mehr Bauern könnten diese Chance

nutzen und ihre Betriebe umstellen“, so die Einladung zu dieser Bioland-Tagung. Info: Bioland NRW, Im Hagen 5, 59069 Hamm, ☎ 02385-1817

Upländer Bauernmolkerei

17. Juni, Willingen-Usseln
Die junge Upländer Bauernmolkerei in Nordhessen ist bis nach Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Partner für die Biomilcherzeuger und für die Regionalentwicklung insgesamt. Die Veranstaltung stellt die Molkerei mit ihrem eigenen Konzept vor (mit Rundgang).
Info: Natur- u. Umweltschutz-Akademie NRW, Siemensstr. 5, 445659 Recklinghausen, ☎ 02361-305-1

Waldkunst

26. – 27. Juni 1999
Nachhaltigkeit, soziale Verantwortung, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen – diese Ideen der Agenda 21 können SchülerInnen auch auf künstlerisch-ästhetischer Ebene nahegebracht werden. Die Fortbildung vermittelt Pädagogen Ideen u. Anregungen, wie dieser Ansatz im Unterricht vermittelt werden kann.
Alfred Töpfer Akademie f. Naturschutz, Hof Möhr, 29640 Schneverdingen, ☎ 05199-989-0

Landschaftspflege 2000

23. – 25. Sept. 1999, Emmendingen (Baden)
Deutscher Landschaftspflegetag 1999 zu den „Herausforderungen für Naturschutz und Landwirtschaft“.
Dt. Verbandes für Landschaftspflege, Eyber Str. 2, 91522 Ansbach, ☎ 0981-9504-247

Tag der Region

10. Oktober 1999 in Bayern und NRW
Mit vielen Aktionen
Infos: In NRW: Bürgerinitiative Lebenswertes Bördeland und Diemeltal, Brigitte Hilcher, Marktstr. 7a, 34434 Borgentreich, ☎ 05643-948537; In Bayern: Artenreiches Land – Lebenswerte Stadt e.V., Spitalstr. 5, 91555 Feuchtwangen, ☎ 09852-1381

SCI-Programm

Der Service Civil International (SCI) bietet Urlaub mit Engagement: In fast 60 Ländern vermittelt SCI junge Menschen, die mit einer internationalen Gruppe in einem gemeinnützigen Projekt arbeiten wollen. Sie können bei einer Stadtranderholung für Kinder in Glasgow mitarbeiten, eine Behinderteneinrichtung in Polen unterstützen, bei archäologischen Arbeiten in Portugal oder Griechenland anpacken oder in New York AIDS-infizierten bei ihren täglichen Verrichtungen helfen.
Infos: ☎ 0228-212086, www.sci-d.de

Geklaute Maschinen gesucht!

Den Landwirten Klaus Lange und Josef Jacobi sind in der Nacht vom 16. auf den 17. April 1999 aus einer Feldscheune in Körbecke-Borgentreich ein durchrenovierter LKW-Anhänger (dunkelgrüner Aufbau (1,90 x 4,00 x 1,5 m, roter Unterbau, silberne Felgen) und eine neue Kreiselegge (Howard Typ HK 30, orange, mit Güttler Prismenwalze aus Kunststoff, grüne Ringe, roter Rahmen) gestohlen worden. Bei dem Versuch der Diebe, weitere Geräte auf einen LKW oder Tieflader aufzuladen, sind eine Drillmaschine und ein Miststreuer heruntergefallen und teilweise völlig zerstört worden. Schaden insgesamt 40.000 DM. Die betroffenen Bauern haben für Hinweise, die zur Ergreifung der Täter bzw. Wiederbeschaffung der Maschinen führen, eine **Belohnung von 5.000 DM** ausgesetzt. Hinweise bitte an die Polizei Warburg (☎ 05641-78800), K. Lange (☎ 05643-320) oder J. Jacobi (☎ 05643-1669).

Auf dem Land lebt die Hoffnung

Kirchentags-Projekt vom 17. – 19. Juni

„Auf dem Land lebt die Hoffnung“ lautet der Titel eines besonderen Projektes auf dem 28. Deutschen Evangelische Kirchentag in Stuttgart (16. – 20.6.). Erstmals wird an einem eigenen Ort (Stuttgart-Renningen) 3 Tage lang sich alles um das Leben und Wirtschaften auf dem Land drehen. Mit dem Titel wollen wir betonen, daß die Hoffnung bei keinem der Programmpunkte außer Acht gelassen werden soll, denn Schwierigkeiten und Hiobsbotschaften sind sowieso ständige Begleiter unserer Tage. Wir alle brauchen etwas, was uns Hoffnung gibt und Mut macht.

Der 17.6. wird der Landwirtschaft gewidmet sein. Vormittags gibt es eine Veranstaltung zur Frage „Essen wir unsere Zukunft auf?“ (u.a. mit Wolfgang Reimer, Stellv. ABL-Vorsitzender). Auch Minister Funke und Vertreter von BUND und DBV sind dabei. Nachmittags geht es um Grüne Gentechnik und Globalisierung.

Am 18.6. steht die Solidarität in Politik und Gesellschaft auf dem Programm; nachmittags mit den Themen Agenda 21 und Leben und Arbeiten mit der Agenda 2000.

Den 19.6. bestimmen soziale Aspekte. Es wird einen bunten Vormittag geben mit vielen verschiedenen Menschen vom Land, mit Musik und Liedermacher. Nachmittags findet eine Veranstaltung zum Landverbrauch statt – ein heißes Thema wohl in jeder Großstadt.

Eine andere Veranstaltung haben wir von der ABL zusammen mit einem Vertreter der fränkischen Landjugend vorbereitet: „Einmischen auf dem Land – Aus Träumen werden Taten“. Wir haben den Europaabgeordneten Wolfgang Kreissl-Dörfler und den Theologen Dr. Norbert Greinacher eingeladen, außerdem Menschen, die sich in den verschiedensten Bereichen einmischen. Wir wollen etwas über ihre Beweggründe, Schwierigkeiten, Erfolge und auch Gefühle erfahren. Frust und Mißerfolge sollen ebenso gezeigt werden wie erfolgreiche Initiativen. Wir wünschen uns einen regen Austausch mit Anregungen, die Mut machen, sich einzumischen und Widerstand zu leisten.

Der Abschluß wird nachdenklich-kabarettistisch sein, und eine Musikgruppe begleitet die ganze Veranstaltung. Und damit das Feiern nicht zu kurz kommt, gibt es abends ein großes Fest.

Christine Steidle

Um den ABL-Stand ansprechend gestalten zu können, bittet der ABL-Landesverband Ba-Wü. um Spenden: Kto 235595700, BLZ 60010070, Postb. Stuttgart. Infos: Helga Baur, Evang. Jugend auf dem Lande in Württemberg, ☎ 0711-9781382

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312

Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330

Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114

Plön: Matthias Stührwaldt, ☎ 04326/679

Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368

Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048

Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118

Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247

Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694

Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ + Fax 0551/7703743

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838

Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575

Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152

Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckel, ☎ 02378/2991

Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557

Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264

Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069

Düren: Monika Lövenich, ☎ 02421/680012

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Schützenstr. 24, 35398 Gießen, ☎ 0641/86045

Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191

Regionalverband Eifel: Bitburger Str. 2, 54636 Niederweiler

Alfred Hauer, ☎ 06569/7284

Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558

Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729

Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584

Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422

Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928

Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311

Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465

Bodensee: Anneliese Schmeh, ☎ 07553/7529

Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512

Bayerisches Oberland: Hans Pischeltzrieder ☎ 08178/5478;

Franz-Josef Grenzebach, ☎ 08809/603

Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039

Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ettl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697

Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue Stevin 115, B-1040 Brüssel, ☎ 00322/2300776, Fax 00322/2300348, E-mail: cpe@agoranet.be

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daike Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133-

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeh 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der ABL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> DM 200,- <input type="checkbox"/> DM 250,- oder DM _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,- | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,- | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,- |

Mitgliedsadresse:

Name Vorname

Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die ABL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der ABL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Die Bauernstimme Für den Mai

Kto zna rozkosze łąki majowej,
Miętko-zieloną soczystość, trawy,
Poranną rosę na niej srebrzystą
I żółte w niej mleczce jak słońca ?
Kto zna jaj zapach świeży o
zmiernychu?

Zmysłowa morda krowia,
Jej wargi duże i jędrne
I język sprężysty w rozkoszy

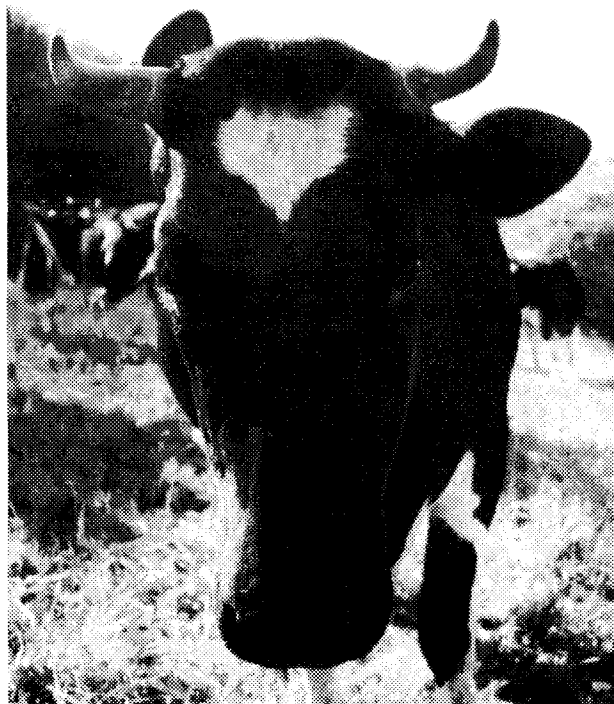
A trawa się o to nie gniewa,
Urosnie przecież nowa
Powolnie ulegle mlekiem spływa.

Lecz bywa krowa zachłanna
I deptce trawę w pośpiechu
Szukając za szybko doznań wciąż
nowych.

Dla dobra i trawy, i krowy
Pętem z konopi kiedyś się
Muczka żarłoczną wiżało.

Apetyczne tak jeszcze łąki nasze bywają.
Lecz, jakże tu zwiążę, krowę
Butelką po Coca-Coli?

von Teresa Świątkowska



Wer kennt der Maiwiesen weiche,
grüne Massen im Saft,
die der Tau am Morgen in Silber taucht
und der Löwenzahn gelb betupft?
Wer kennt ihren unsagbaren Duft bei
Tagesanbruch?

Hineintaucht das feinsinnige Maul unsre Kuh,
malmend die Kiefer vor Grösse und
Fassungsvermögen,
mühsam und lebhaft die Lust ihrer Zunge.

Das Gras aber wächst schon wieder,
während aus dem Euter noch Milch tropft.

Unersättliche Kuh,
zertritt das Gras in stetiger Suche,
stampft weiter und malmt, was noch steht.

Für das Gras und die massvolle Kuh
band man ihr einst die Füße
zu beiderseitigem Nutzen.

Tatsächlich sind unsere Weiden
auch heute noch satt und schmackhaft,
doch wie halten wir auf ihnen
die gierigen Kühe im Zaum?
Wenn Du so fragst, probier es doch mal
mit einer Coca Cola.

aus dem Polnischen übersetzt
von Gotthard Wildegans und Martin Krämer

UNABHÄNGIGE

Bauernstimme: zum Lesen auf Maiwiesen

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 60,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, Schülerinnen und Studentinnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 30,- bzw. DM 60,- für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonentin / des Abonnenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück,
Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242-47838